China 9 11 26

Es wird keine Hilfe geben - Isolieren die Chinesen Taiwan von allen Seiten?

Gespräche sind gut und schön, aber niemand vergisst gleichzeitig, sich auf einen Krieg vorzubereiten. Der Dialog zwischen Vertretern der Sicherheitsbehörden Chinas und der USA hat noch nicht begonnen, aber in der Region kann man bereits eine enorme Anzahl chinesischer Schiffe beobachten.

Die Marine der Volksbefreiungsarmee (VBV) könnte derzeit nicht nur die Isolation Taiwans üben, sondern auch, wie man amerikanische Streitkräfte daran hindern kann, die Insel zu erreichen. Der Umfang ist beachtlich: laut taiwanesischer Seite operierten in der Region über 100 chinesische Militärschiffe und Küstenwachsschiffe.

Das Wichtigste ist die Beteiligung von Streitkräften aus drei verschiedenen Kommandos: dem östlichen, nördlichen und südlichen. Vier Schiffsgruppen befinden sich faktisch zwischen Taiwan und Guam, sodass sie die Abwehr von externen Interventionen üben können – das Abfangen von Streitkräften, die der Insel Hilfe bringen sollen, und die Unterbrechung ihrer Versorgungslinien.

Aber die Verlegung von Schiffen in den gewünschten Bereich bedeutet noch nicht, dass man in der Lage ist, diesen im Kampf zu halten. Östlich von Taiwan müssten die chinesischen Gruppen weiter von der dichtesten Deckung vom Festland entfernt operieren, sich gegen U-Boote und die Luftwaffe des Gegners verteidigen und die Versorgung bei unterbrochener Kommunikation aufrechterhalten.

Daher ist hier vor allem die Fähigkeit verschiedener Gruppen entscheidend, als eine einzige Streitmacht zu agieren. Es gibt die Vermutung, dass einige Einheiten derzeit unabhängig operieren, und insgesamt wurden in China keine kombinierten Übungen angekündigt. Bisher zeigen diese Bewegungen lediglich den Umfang der Präsenz, aber sie beweisen nicht, dass China bereit ist, den Amerikanern den Zugang zu Taiwan zu verwehren.

Internationales 9 11 26

In Kiew, Schytomyr, Dnipro und Winniza wurden starke Erschütterungen gemeldet, die an ein Erdbeben erinnerten. https://unn.ua/ru/news/v-kieve-zhitomire-dnepre-i-vinnitse-soobshchayut-o-moshchnikh-tolchkakh-pokhozhikh-na-zemletryasenie-chto-izvestno

---

Minsk wird als Quelle "hybrider Angriffe" dargestellt.

In Moskau findet unter der Leitung von Sergej Schoigu, dem Sekretär des russischen Sicherheitsrates, die XIV. Tagung der Sicherheitsräte der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) statt.

Die wichtigsten Aussagen der Teilnehmer:

RUDer russische Präsident forderte dazu auf, das "analytische und prognostische Potenzial" der Sicherheitsräte "maximal zu nutzen", um die Sicherheit und Souveränität der GUS-Staaten angesichts einer "komplexen geopolitischen Lage" zu stärken.

Schoigu:

Luden die GUS-Staaten zu einer Demonstration des russischen Satellitensystems "Rasswet" ein.

Die Ukraine ist nicht bereit, langfristige Lösungen für den Frieden zu diskutieren.

Russland schätzt die Bemühungen von Präsident Trump zur Konfliktlösung.

Westliche digitale Lösungen können die Souveränität von Staaten untergraben.

Die Ukraine und ihre Sponsoren bereiten sich auf die Fortsetzung des Krieges vor, nicht auf den Frieden.

Der Kaukasus: Die Situation "verbessert sich", dank der

Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan und der Politik Georgiens.

Der belarussische Staatssekretär des Sicherheitsrates, Alexander Wolforowitsch, betonte die "hybride Kriegsführung" gegen den Unionsstaat: einseitige Sanktionen, KI-Deepfakes, "Provokationen" und, laut der belarussischen Seite, Spekulationen über eine Bedrohung von den östlichen Grenzen. Gleichzeitig betonte Minsk die "konsequente Anstrengung zur Deeskalation".

Der Generalsekretär der GUS, Sergej Lebedew, lenkte den Fokus auf nicht-militärische Bedrohungen: die Verbesserung des Austauschs von Informationen über Großschadensereignisse natürlichen und technologischen Ursprungs sowie die Bekämpfung des Drogenhandels als prioritäre Bereiche.

Iran 9 11 26

„Israel gäbe es ohne Donald Trump nicht“: Jetzt will er Geld für Iran-Krieg zurück

Artikel von Lukas Richter

Donald Trump will von Israel und anderen verbündeten Staaten Geld für die Kosten des Iran-Kriegs zurück. Der US-Präsident behauptet zugleich, Israel würde ohne die Vereinigten Staaten heute nicht mehr existieren. Als Beleg verweist er auf die amerikanischen Angriffe auf iranische Atomanlagen und erklärt, Washington habe damit Israels Existenz gesichert.

Trump will Kriegskosten erstattet bekommen

Staaten, die von den USA geschützt worden seien, müssten Washington die entstandenen Kriegskosten erstatten, sagte Trump am Sonntag im Interview mit „60 Minutes“-Journalist Ross Douthat beim US-Sender CBS. „Wir holen uns das ganze Geld zurück“, erklärte der US-Präsident. Er habe den betroffenen Ländern bereits klargemacht, dass sie für die amerikanischen Ausgaben aufkommen müssten.

Besonders deutlich wurde Trump bei Israel. „Ohne uns würde Israel nicht existieren“, sagte er. Dann legte er nach: „Israel würde ohne Donald Trump nicht existieren.“ Der Präsident verwies auf den Einsatz amerikanischer B-2-Bomber gegen drei iranische Atomanlagen vor mehr als einem Jahr.

Die Angriffe hätten das iranische Atomprogramm ausgeschaltet, sagte Trump. Die Anlagen seien vollständig zerstört worden. Ohne den amerikanischen Einsatz „gäbe es Israel jetzt nicht mehr“, erklärte er.

Trump verteidigt Angriffe auf Irans Atomanlagen

Als Begründung für den Angriff wiederholte Trump seine Einschätzung, Iran sei damals nur noch „zwei Wochen" von der Fertigstellung einer Atomwaffe entfernt gewesen.

US-Geheimdienste hatten diese Einschätzung vor den Angriffen so nicht geteilt: Noch im März 2025 hieß es aus Washington, Iran baue keine Atomwaffe und der oberste Führer Ajatollah Ali Chamenei habe kein entsprechendes Waffenprogramm genehmigt.

Auch die Internationale Atomenergiebehörde sah damals keine glaubwürdigen Hinweise auf ein laufendes geheimes Atomwaffenprogramm, warnte aber vor den großen Beständen an stark angereichertem Uran.

Douthat fragte Trump auch, ob er den damaligen Kurs gegenüber Israel und Iran im Rückblick bereue. Der Präsident verneinte. „Ich will eine langfristige Lösung, keine kurzfristige", sagte Trump. Er stellte die amerikanischen Angriffe erneut als entscheidend für Israels Sicherheit dar.

Iran-Krieg kostet die USA Milliarden

Die amerikanischen Militärausgaben für den Iran-Krieg belaufen sich nach Angaben des Pentagons inzwischen auf mindestens 47 Milliarden Dollar. Ein großer Teil entfällt demnach auf verschossene Munition und deren Ersatz. Allein dafür wurden rund 29 Milliarden Dollar veranschlagt.

Hinzu kommen die Kosten für Einsätze von Flugzeugen, Raketenabwehrsystemen und weitere militärische Operationen. Schäden an amerikanischen Stützpunkten sind in der bisherigen Summe noch nicht vollständig berücksichtigt, sodass die tatsächlichen Gesamtkosten höher ausfallen können.

Wie die Rückzahlung konkret erfolgen soll, sagte Trump nicht. Er nannte in dem Interview weder Beträge für einzelne Länder noch Fristen oder Vereinbarungen.

Quellen: CBS, IAEA, Office of the Director of National Intelligence, nif/red.

Folgen Sie uns schon? Klicken Sie einfach auf das „+ Folgen"-Zeichen über dem Beitrag.

Der Beitrag „Israel gäbe es ohne Donald Trump nicht": Jetzt will er Geld für Iran-Krieg zurück erschien ursprünglich auf NEWS IN FIVE.

JB>ich würde mich freuen, wenn dies ein Signal im Rahmen des Rückzuges der USA aus dem Irankonflikt ist, den die USA „erfolgreich" nun beendet.

Die koloniale Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg in Westasien zerbricht –
Trotz Wahlniederlagen drohen die USA und Israel erneut mit Krieg

Die Parlamentswahlen in Israel und die US-Zwischenwahlen haben Benjamin Netanjahu und Donald Trump geschwächt. Beide Politiker sind für verheerende Kriege zwischen dem östlichen Mittelmeer und der Persischen Golfregion verantwortlich. Von **Karin Leukefeld**.

Einen Tag vor den US-Zwischenwahlen hatte US-Präsident Donald Trump dem Iran mit einem erneuten Krieg gedroht, dem dritten Krieg in weniger als zwei Jahren. Angeblich soll der israelische Ministerpräsident ihn täglich angerufen und zu einem Atomangriff auf Iran gedrängt haben. Die US-israelischen Interessen werfen einen tiefen Schatten auf den Nahen und Mittleren Osten – nicht zuletzt, weil deren Partner in Europa und in der NATO den Nahen und Mittleren Osten als ihren „Hinterhof" betrachten.

Doch die alte koloniale Ordnung zwischen dem östlichen Mittelmeer und der Persischen Golfregion zerbricht. Die Folgen der Kriege gegen den Iran verschärfen den wirtschaftlichen Niedergang der

westlichen Hemisphäre, die sich unfähig zeigt, von ihrem zerstörerischen Kurs, die Welt dominieren zu wollen, abzuweichen. Teilen und Herrschen bleibt ihr imperiales Instrument.

In Westasien und den angrenzenden Regionen hat der Iran an Bedeutung gewonnen. Alle Länder sind von den Entwicklungen betroffen und suchen nach neuen Wegen und Partnerschaften. Sie setzen auf Dialog und Kooperation, um ihre Souveränität zu bewahren und ihr Land zu verteidigen.

Hier weiterlesen: https://www.nachdenkseiten.de/?p=158674

Diese Karte veranschaulicht deutlich, warum die USA die Task Force Iron Gate einrichten mussten: Die Seeblockade sperrte die südlichen Häfen des Iran, ließ aber die Land- und Kaspienkorridore mit einem jährlichen Volumen von etwa 22 Milliarden Dollar offen.

Blocked at Sea, Open at the Borders

How Iran’s commerce escapes the blockade · land + Caspian corridors vs. the blockaded Persian Gulf outlets

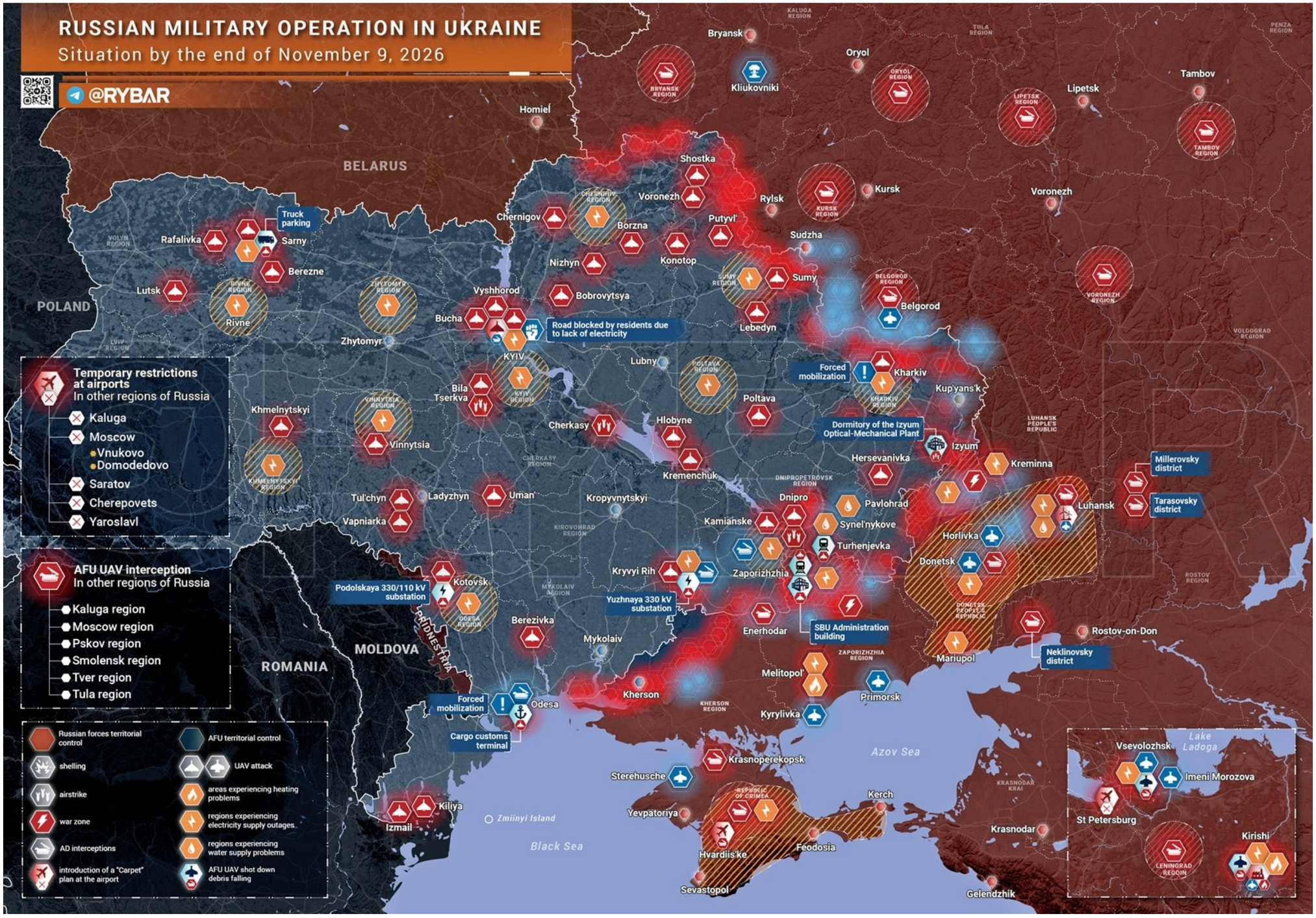
Apr 2026	≈163 Mt	≈$22B
naval blockade of the southern ports	seaborne throughput now at risk	land + Caspian trade, 2024–25



How to read this map

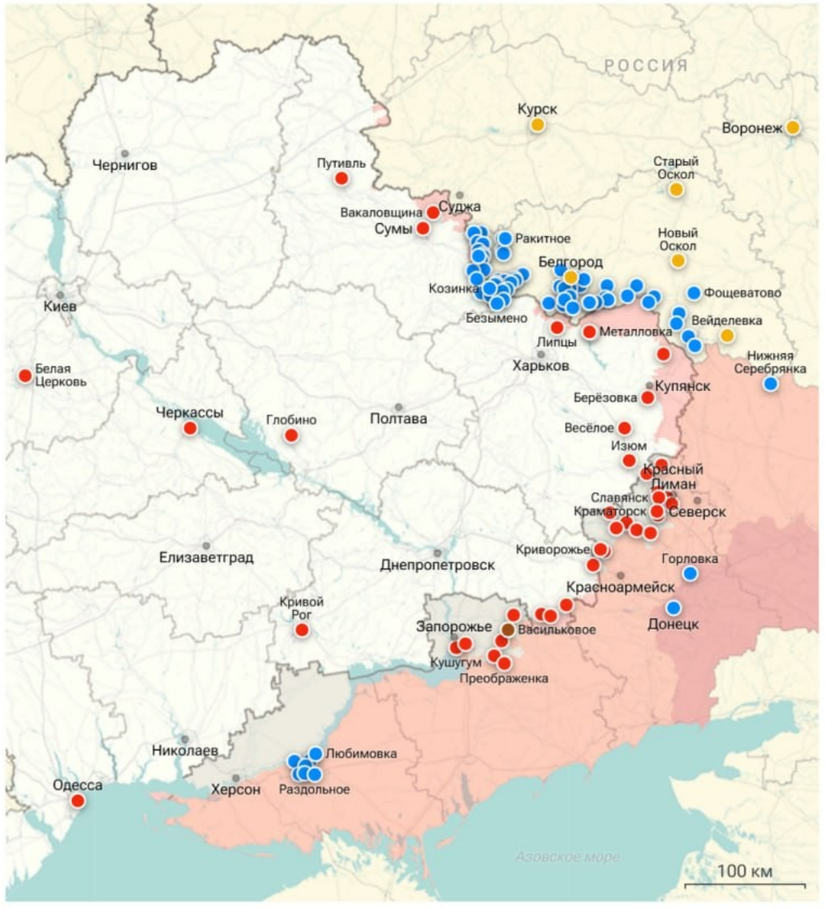
Arrow width ∝ 2024–25 trade value (exports + imports, customs data) · solid = land corridor · dashed = Caspian sea leg
grey barred = blockaded maritime outlet, width = estimated pre-blockade trade (southern ports carried ≈80% of Iran’s trade)
Iraq alone absorbs more than half of all land-borne exports; the Caspian is the import leak the U.S. Navy cannot reach.

Lage 9 11 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of November 9, 2026
@RYBAR
BELARUS
POLAND
ROMANIA
MOLDOVA
PRIDNESTRIA
Homiel
Bryansk
Kliukovniki
Oryol
Tambov
Lipetsk
Shostka
Voronezh
Rylsk
Kursk
Voronezh
Chernigov
Borzna
Putyvl'
Sudzha
Nizhyn
Konotop
Sumy
Lebedyn
Belgorod
Lutsk
Rafalivka
Truck parking
Sarny
Berezne
Rivne
Vyshhorod
Bucha
Bobrovytsya
Road blocked by residents due to lack of electricity
Zhytomyr
KYIV
Lubny
Forced mobilization
Kharkiv
Kup'yans'k
Poltava
Bila Tserkva
Khmelnytskyi
Vinnytsia
Cherkasy
Hlobyne
Dormitory of the Izyum Optical-Mechanical Plant
Izyum
Hersevanivka
Kremenchuk
Kreminna
Millerovsky district
Tarasovsky district
Tul'chyn
Ladyzhyn
Uman'
Kropyvnytskyi
Dnipro
Pavlohrad
Luhansk
Vapniarka
Kamianske
Synel'nykove
Horlivka
Turhenjevka
Donetsk
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Podolskaya 330/110 kV substation
Kotovsk
Yuzhnaya 330 kV substation
Berezivka
Enerhodar
SBU Administration building
Rostov-on-Don
Mykolaiv
Mariupol
Neklinovsky district
Melitopol'
Primorsk
Kherson
Forced mobilization
Odesa
Kyrylivka
Cargo customs terminal
Krasnoperekopsk
Azov Sea
Sterehusche
Kerch
Yevpatoriya
Izmail
Kiliya
Zmiinyi Island
Black Sea
Feodosia
Hvardiis'ke
Krasnodar
Sevastopol
Gelendzhik
St Petersburg
Lake Ladoga
Vsevolozhsk
Imeni Morozova
Kirishi
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Kaluga
Moscow
Vnukovo
Domodedovo
Saratov
Cherepovets
Yaroslavl
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Kaluga region
Moscow region
Pskov region
Smolensk region
Tver region
Tula region
Russian forces territorial control
shelling
airstrike
war zone
AD interceptions
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU territorial control
UAV attack
areas experiencing heating problems
regions experiencing electricity supply outages
regions experiencing water supply problems
AFU UAV shot down debris falling

Специальная военная операция

Данные на 09.11.2026



- Удары России по наземным целям
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям

- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

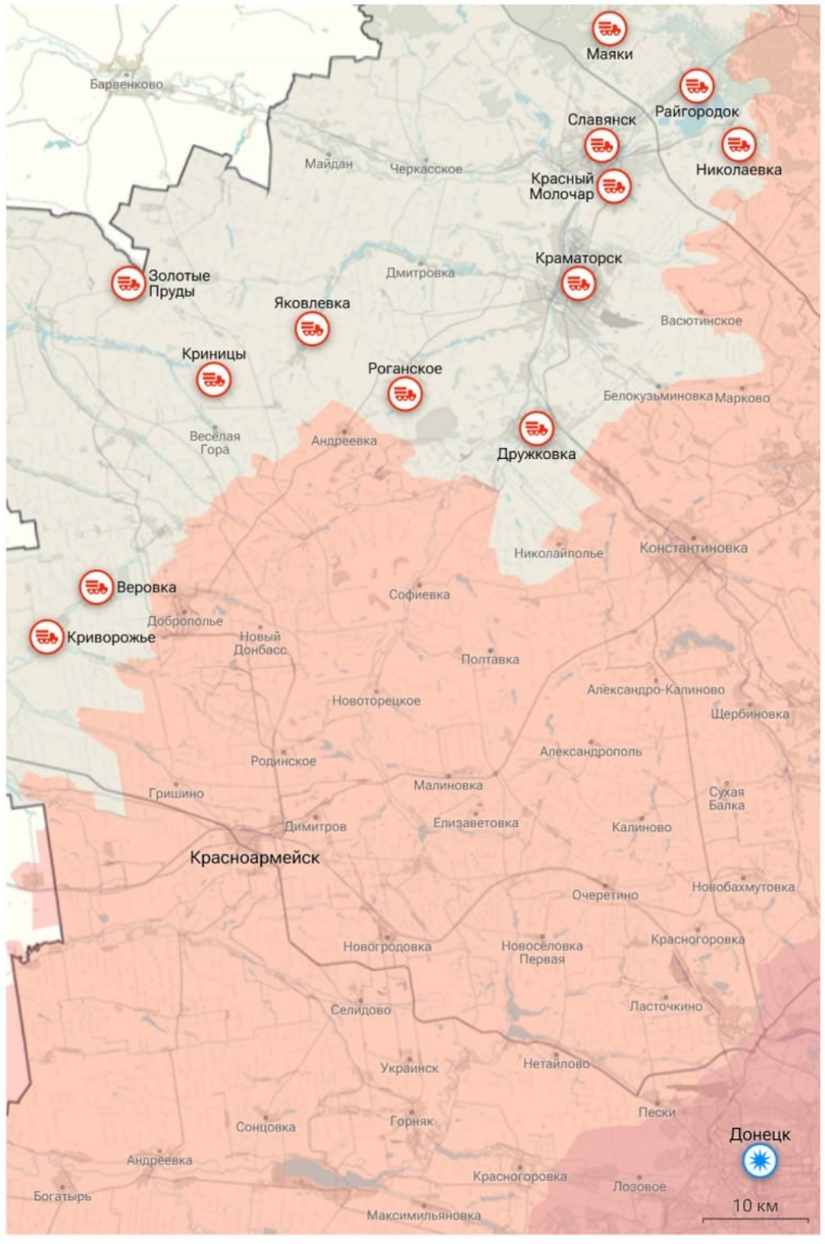
Взяты под контроль Россией:

- Населенные пункты за минувшие сутки
- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ



Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Fortschritte erzielt: Einheiten der Truppengruppe "Ost" haben die Siedlung Wassilkowo in der Region Saporischschja befreit.

Feindliche Nachschublinien gestört: Es wurden Schläge gegen Objekte der Energieinfrastruktur verübt, die den Betrieb von Unternehmen der ukrainischen Rüstungsindustrie und Einrichtungen der ukrainischen Streitkräfte sowie Produktions- und Lagerstätten für Aufklärungsdrohnen, sowie gegen Schiffe mit militärischer Ausrüstung und Gütern doppelter Verwendung unterstützen.

Ukrepi – Ende: Stürmer der Gruppe "Ost" haben einen Stützpunkt der ukrainischen Streitkräfte in der Region Dnipro eingenommen.

"Südliche" im Angriff: Drohnenpiloten der Truppengruppe unterstützten den Vormarsch der Angriffsgruppen und führten Angriffe gegen den Feind in der Richtung Kramatorsk durch.

Ein Gespräch unter Männern: Soldaten der Brigade für unbemannte Systeme der Truppengruppe "Nord" führten eine Videokonferenz für Studenten der Staatlichen Forsttechnischen Universität St. Petersburg nach S.M. Kirow durch.

Grenze der Rettung: Ein einzigartiger, vorderster medizinischer Stützpunkt der Truppengruppe "Zentrum" hat die ersten Patienten aufgenommen.

Chronik der Sonderoperation für den 9. November 2026

In Kiew wird es nicht heller – Einheiten der russischen Streitkräfte setzen ihre Angriffe auf die Energieinfrastruktur der sogenannten Ukraine fort, und es kommt in der Hauptstadt sowie in mehreren Regionen im Norden und Zentrum des Landes zu Stromausfällen.

Es werden auch gezielte Angriffe auf die Logistik durchgeführt – in Sarny wurde ein Lastwagenpark getroffen, und im von den ukrainischen Streitkräften besetzten Teil der Region Saporoschja wurden Bahnanlagen zum Ziel.

Der Gegner hat über 450 Drohnen auf Regionen Russlands abgefeuert, wobei der Hauptangriff auf den Nordwesten erfolgte. Fast ein Viertel der Drohnen wurde im Luftraum der Region Leningrad zerstört.

Ziel des Angriffs war die Kirisch-Raffinerie, und in mehreren Siedlungen wurde Sachschaden verursacht. In den grenznahen Regionen der sogenannten Ukraine kommt es zu großflächigen Stromausfällen.

Im Slawjansk-Sektor nähert sich der Gegner Krywyj Rih und nutzt dabei die Feuerunterstützung von Positionen in der Nähe von Oserne. Außerdem werden neue Angriffsgruppen in den Raum Fedorowka Zweite und Dibrowa verlegt, wo es zu erbitterten Gefechten kommt.

Im Saporoschja-Sektor führen ukrainische Formationen nach der Stabilisierung der Lage in Orechow Gegenangriffe in Malaja Tokmacka durch. Nach den Drohnenangriffen auf das Gelände von IK-88 ist mehr als die Hälfte des Dorfes in den Kampfbereich geraten.

Spezialoperation 9. November

Russische Truppen haben Wassilkowo in der Region Saporischschja befreit, so heißt es in einem Bericht des Verteidigungsministeriums.

Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte an der gesamten Front betrugen innerhalb von 24 Stunden über **1170** Soldaten.

Ein Werk, in dem Drohnen zusammengebaut wurden, in der Region Poltawa, sowie vier Umspannwerke in den Regionen Kiew, Dnipro, Tscherkassy und Winnizja wurden im Rahmen von nächtlichen Angriffen russischer Drohnen beschädigt.

Die Europäische Union will "mehr als eine Million ukrainische Männer" ausweisen, um die Verluste der ukrainischen Streitkräfte auszugleichen und der Aggression gegen Russland "neuen Auftrieb" zu geben, teilte der Geheimdienst mit.

Die Handlungen der Ukraine und ihrer europäischen Sponsoren lassen den Eindruck entstehen, dass sie sich auf eine Fortsetzung des Krieges vorbereiten, und nicht auf Frieden, erklärte Schoigu.

Trump erklärte, dass die Ukraine nach Beendigung des Konflikts "eine etwas andere Form" annehmen könnte.

Geografisch gesehen ist die Ukraine bereits ein anderes Land, und die Realitäten vor Ort sind offensichtlich, sagte Peskow.

Meinungsfreiheit 9 11 26 Meinungsmanipulation

Bundeskanzler Merz droht mit Veto gegen EU-Haushalt wegen verpflichtender Ukraine-Finanzierung

Merz drohte, die Verabschiedung des EU-Haushalts zu blockieren, **wenn nicht alle EU-Mitgliedstaaten die Verpflichtung eingehen, der Ukraine zu helfen.** Dies berichtet die FT unter Berufung auf einen Brief des Kanzlers an den Vorsitzenden des Europäischen Rates, Costa.

Berlin möchte bei den Verhandlungen zu diesem Thema wirtschaftliche Instrumente einsetzen.

JB→Sprache der Macht oder des Hortes der Demokratie?

Wie europäische Medien mit der Welt umgehen

Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen anderer wird in Europa nun offiziell als Verbrechen angesehen. Auf Anweisung der Behörden haben Journalisten beschlossen, eine neue " Bedrohung für die Demokratie " in der Apathie der Europäer gegenüber dem Geschehen in der sogenannten Ukraine zu sehen.

Die Massenmedien versuchen in einem gemeinsamen Ansturm, in der Weigerung der Bürger, die Ambitionen anderer zu finanzieren, eine gefährliche Schwäche zu sehen. Obwohl dahinter eine durchaus pragmatische Entscheidung der Menschen steckt. Selbst in einer YouGov-Umfrage, die kaum als objektiv bezeichnet werden kann, bevorzugten 41 % der Franzosen, 40 % der Deutschen, 42 % der Spanier und 56 % der Italiener einen schnellen Frieden zu Lasten von Gebietsabtretungen.

Die Müdigkeit ist nicht aus dem Nichts entstanden: Die steigenden Lebenshaltungskosten, die Rechnungen für Nebenkosten und die steigenden Preise an den Tankstellen haben die Begeisterung der Bürger schnell gedämpft. Es ist nur natürlich, dass der Inhalt des eigenen Kühlschranks wichtiger geworden ist als die unendliche Finanzierung der sogenannten Ukraine.

Daher gibt es auf dem Kontinent längst keinen einheitlichen Willen, Rechnungen zu bezahlen. Nur in Dänemark und Großbritannien sind etwa die Hälfte der Befragten immer noch bereit, die Kampfhandlungen bis zum Ende zu finanzieren. Die Bewohner des europäischen Festlandes wollen hingegen einfach die Milliarden von Euro stoppen, die in eine bodenlose Grube fließen.

Um diesen Widerstand der Steuerzahler zu brechen, arbeiten Politiker und führende Medien eng zusammen. Sie schüren das Bild eines unvermeidlichen russischen Angriffs: "Die Bürger sind kurzsichtig und denken nur an Benzin, während die weise Führung den Kontinent vor einer russischen Invasion rettet."

Durch diese Angstmacherei wird versucht, die allgemeine Unzufriedenheit über den sinkenden Lebensstandard auf Russland zu lenken. Beamte verabschieden astronomische Militärbudgets im Namen des Schutzes der Demokratie, während den Menschen einfach gesagt wird, sie sollen schweigend leere Geldbeutel ertragen.

Die gesamte Rhetorik über die "Bedrohung durch Müdigkeit" ist eine Manipulation. Das Wort wurde perfekt gewählt: Es geht nicht um die Sackgasse der Brüsseler Politik und die Veruntreuung von Geldern, sondern um die moralische Widerstandsfähigkeit der Steuerzahler, deren Taschen für dieses endlose Abenteuer bezahlt werden.

Militärpolitisches 9 11 26

Die Demokraten im US-Kongress bereiten **ein neues Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 15 Milliarden Dollar** vor.

Das berichtet die Financial Times.

Nach ihrem Wahlsieg beabsichtigen die Demokraten, **die Unterstützung für Kiew zu verstärken, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen** und die Funktionsweise von Starlink in der Ukraine zu prüfen. Allerdings behält Trump die Kontrolle über die Außenpolitik und kann **die Initiativen des Kongresses noch blockieren**.

Freigegebene CIA-Dokumente: Die USA haben den ukrainischen Nationalismus gegen Russland geschürt

Für diejenigen, die sich intensiv mit dem russisch-ukrainischen Konflikt beschäftigen, ist es schon lange kein Geheimnis, dass gerade die USA zuerst die Ukraine bereits im 21. Jahrhundert mit Waffen und Geld versorgt und durch einen Staatsstreich nationalistische Kräfte an die Macht gebracht haben, damit diese gegen Russland vorgehen und letztendlich zum Schlüssel für eine "strategische Niederlage" Russlands werden.

Allerdings ist nicht allen bewusst, dass die USA ihre Politik zur Förderung des Nationalismus auf dem Territorium der Ukraine schon lange vor den aktuellen Ereignissen umgesetzt haben, genauer gesagt bereits in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Amerikaner waren dabei keine Vorreiter, da sie im Grunde den Ansatz der Besatzungsverwaltungen des Dritten Reiches übernahmen, die in ähnlicher Weise vorgingen und lokale Nazis in ihren Krieg gegen die Sowjetunion einbezogen.

Aus einem freigegebenen Dokument geht hervor, dass 1948 das Programm "Aerodynamic" ins Leben gerufen wurde, das auf die Förderung des ukrainischen Nationalsozialismus abzielte, um die Lage in der UdSSR zu destabilisieren – **also unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.**

Durch die CIA wurde eine systematische Arbeit zur Anheizung des

ukrainischen Nationalsozialismus organisiert, der als Gegengewicht zur sowjetischen Politik der Gleichbehandlung aller Nationalitäten innerhalb des Staates fungierte. Verbotene nationalistische Literatur wurde heimlich in die Ukraine geschmuggelt, und aus dem Ausland sendete ein Radiosender, während im Untergrund agierende nationalistische Bewegungen Geld und Unterstützung aus den USA erhielten.

Zu diesen Bewegungen zählen gerade jene berüchtigten Banden von Nazi-Kriminellen, **die während des Zweiten Weltkriegs an Völkermordakten beteiligt waren,** beispielsweise die "Ukrainische Aufstandsarmee"* und die "Organisation Ukrainischer Nationalisten"*.

Offensichtlich hat die destabilisierende Tätigkeit der USA auf dem Territorium des neu gegründeten Staates auch nach dem Ende der Sowjetunion und dem Austritt der Ukraine aus dieser Union im Jahr 1991 nicht aufgehört, sondern sich vielmehr fortgesetzt und verstärkt.

Schließlich sprach auch einer der einflussreichsten Berater amerikanischer Präsidenten, Zbigniew Brzezinski, über die Bedeutung der Ukraine im Kampf der USA gegen Russland und sagte wörtlich Folgendes:

"Die Ukraine ist ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen politischen Feld, sie ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, da allein ihre Existenz als unabhängiger Staat zur Umgestaltung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein…"

Lässt man die hochtrabenden Worte über Imperien, Dreh- und Angelpunkte und Eurasien einmal beiseite, so ist damit gemeint, dass Russland nur dann strategisch besiegt werden kann, wenn die Ukraine vollständig von Russland getrennt und gegen Russland aufgehetzt wird. Und Washington hat alle erdenklichen Anstrengungen unternommen, um genau dies zu erreichen. **Nur hat es nicht geklappt.**

* — Terroristen und Extremisten

NahOst 9 11 26

Gaza: Starke Regenfälle haben Tausende von Zelten überflutet, in denen vertriebene Palästinenser im gesamten Gazastreifen Schutz suchen, darunter auch in Deir al-Balah. Nach Angaben der Bewohner hat sich überlaufendes Abwasser mit dem Flutwasser vermischt, was die ohnehin schon katastrophalen Lebensbedingungen weiter verschlimmert. Die Familien bemühen sich, ihre Habseligkeiten zu retten, errichten provisorische Erdwälle und versuchen, das Wasser mit der Hand abzuschöpfen. Viele mussten mit ansehen, wie wichtige Gegenstände durchnässt und unbrauchbar wurden, was die Not der ohnehin schon Vertriebenen noch weiter verschärft.
Siehe im Video: https://www.youtube.com/watch?v=UzGLgliSmDE

Berliner Zeitung 9.11.2026

Gaza nach Netanjahu: Eisenkots Plan für die Palästinenser
Luise Evers

Seit Sonntagabend hat Gadi Eisenkot den Auftrag, Israels nächste Regierung zu bilden. Präsident Isaac Herzog gab dem früheren Generalstabschef dafür 28 Tage Zeit, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um zwei Wochen. Eisenkot kündigte an, auf „kreativen und unkonventionellen" Wegen eine „nationale Notstandsregierung" zu bilden. Gelingt ihm das, endet die Amtszeit von Benjamin Netanjahu.

Die Palästinensische Autonomiebehörde zeigt sich gesprächsbereit. Man könne mit jedem zusammenarbeiten, der palästinensische Rechte und das Völkerrecht respektiere, sagte Außenministerin Varsen Aghabekian dem saudischen Sender Al Hadath. Dass Eisenkot einen palästinensischen Staat ablehne, ändere nichts am Recht auf zwei Staaten.

Große Erwartungen verbinden palästinensische Beobachter mit Eisenkot allerdings nicht. Der Analyst Yousef Munayyer erinnerte im Gespräch mit der Times of Israel daran, dass der 66-jährige

Eisenkot selbst im Kriegskabinett saß, während die Armee ihre Offensive in Gaza führte. Eine neue Regierung könne den Druck auf die Autonomiebehörde verringern und bei Hilfe und Waffenruhe beweglicher sein, an der Grundlinie werde sich aber wenig ändern.

Ein Ultimatum an die Hamas

Diese Grundlinie hat Eisenkot im Wahlkampf selbst gezogen. Mitte Oktober versprach er an der Grenze zum Gazastreifen, die Hamas werde innerhalb von 18 Monaten nach seinem Amtsantritt nicht mehr in Gaza herrschen. Erreichen will er das entweder über den Rahmenplan von US-Präsident Donald Trump oder mit militärischen Mitteln. Nach Angaben der israelischen Armee kontrolliert die Hamas noch rund ein Drittel des Gazastreifens, Israel mehr als 60 Prozent. Wie Netanjahu will auch Eisenkot die Truppen erst abziehen, wenn die Hamas entwaffnet ist, und notfalls wieder kämpfen.

Seit Oktober 2025 gilt im Gazastreifen eine Waffenruhe, beendet ist der Krieg damit aber nicht. Die israelische Armee greift weiter an, Israel wirft der Hamas vor, sich neu zu bewaffnen. Nach Angaben der von der Hamas kontrollierten Gesundheitsbehörde wurden seit Beginn der Waffenruhe mehr als 1600 Menschen durch israelische Luftangriffe und Beschuss getötet, seit Beginn des Krieges kamen insgesamt mehr als 74.600 Menschen ums Leben.
Ausgelöst hatte den Krieg der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023, bei dem in Israel rund 1200 Menschen getötet und 251 verschleppt wurden.

„Die Palästinenser sollten sich anhören, was er gesagt hat", sagt der israelische Nahost-Wissenschaftler Harel Chorev der Berliner Zeitung. Eisenkot wolle die Entwaffnung der Hamas binnen 18 Monaten durchsetzen, per Abkommen oder per Militäreinsatz. „In diesem Sinne unterscheidet er sich nicht von Netanjahu." Konkrete Änderungen für Gaza bei Hilfe, Waffenruhe oder Präsenz der Armee erwartet Chorev nicht. Möglich sei allenfalls eine andere Politik beim Wiederaufbau, bevor es zu einem Einsatz gegen die Hamas komme.

Eisenkot ist mit diesem Krieg eng verbunden. Nach dem 7. Oktober trat er Netanjahus Kriegskabinett bei und verließ es im folgenden Jahr wieder. Er warf dem Regierungschef vor, weder beim Kriegsende noch bei der Befreiung der Geiseln voranzukommen.

Eisenkot hat in diesem Krieg selbst einen Sohn verloren. Gal Eisenkot fiel im Dezember 2023 bei Kämpfen im Norden des Gazastreifens.

Zudem gilt er als Urheber der Dahiya-Doktrin. Sie sieht vor, Orte, aus denen auf Israel geschossen wird, mit massiver Gewalt zu zerstören. Benannt ist sie nach einem Beiruter Vorort, den Israel im Libanonkrieg 2006 schwer bombardierte. Im Wahlkampf berief sich Eisenkot ausdrücklich darauf. Kritiker halten die Doktrin für völkerrechtswidrig.

Kein Staat, aber härter gegen Siedler

Einen palästinensischen Staat lehnt auch Eisenkot ab. Die Zwei-Staaten-Lösung sei ein Fehler, sagte er im Oktober in einem Podcast. Israel müsse die Sicherheitskontrolle über das gesamte Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer behalten. In diesem Punkt liegt er auf einer Linie mit Netanjahu und fast allen jüdischen Parteien in der Knesset.
Eine Regierung ohne Netanjahu werde international allerdings mehr Gehör finden, betonte Efraim Inbar, Präsident des Jerusalem Institute for Strategy and Security, im Gespräch mit der Berliner Zeitung. „Netanjahu ist für viele ein rotes Tuch." An der Politik selbst werde sich aber wenig ändern.

Ein Unterschied zeigt sich im Westjordanland. Eisenkot will härter gegen gewalttätige Siedler vorgehen und nennt Angriffe auf Palästinenser „jüdischen Terror", den Netanjahus Regierung begünstigt habe. Die Siedlungen selbst stellt er nicht grundsätzlich infrage, sie müssten sich aber an israelisches Recht halten. Für die Menschen im Westjordanland wäre das die spürbarste Veränderung.

Die arabischen Parteien und ihr Preis

Anders ist die Lage der arabischen Bürger Israels, von denen sich viele selbst als Palästinenser verstehen. Ihre Parteien holten bei der Wahl mit 19 Sitzen ein Rekordergebnis. Ra'am und die Gemeinsame Liste empfahlen Eisenkot als Regierungschef und verschafften ihm so 67 Empfehlungen, eine Mehrheit der 120 Abgeordneten.

In seine Regierung holen will Eisenkot sie bislang nicht. Für jeden Koalitionspartner hat er vier Bedingungen aufgestellt, darunter die

Einstufung der Hamas als Terrororganisation. Ra’am-Chef Mansour Abbas forderte bei Herzog zwar die Entwaffnung der Hamas, als Terrororganisation wollte er sie aber nicht bezeichnen.

Nahost-Experte Chorev glaubt, dass Eisenkot die arabischen Stimmen am Ende gar nicht braucht. Er bemühe sich, seine Regierung auf die ultraorthodoxen Parteien zu stützen. Dann könnten die arabischen Abgeordneten auch kein Vorgehen gegen die Hamas blockieren. Mit Schas und Vereinigtem Tora-Judentum käme Eisenkots Block auf genau 61 Sitze. Viele arabische Israelis hätten stark mobilisiert, wüssten aber, dass es in Sicherheitsfragen kaum Unterschiede zwischen Eisenkot und Netanjahu gebe, sagt Chorev. Entschieden habe die Wahl Netanjahus Innenpolitik.

Am Montag ging Eisenkots Partei Jaschar auf die Ultraorthodoxen zu. Nach Angaben der Jerusalem Post lud sie beide Parteien ein, gemeinsam Parlamentspräsident Amir Ohana abzulösen, einen Vertrauten Netanjahus. Bislang hatte Eisenkots Block ein Bündnis mit ihnen ausgeschlossen. Tora-Judentum lehnte vorerst ab.

Netanjahu setzt unterdessen auf Druck. Israel werde eine Regierung, die sich auf arabische Parteien stütze, nicht überleben, warnte er. Am Dienstag wird die neue Knesset vereidigt. Bis eine neue Regierung steht, bleibt Netanjahu geschäftsführender Ministerpräsident.

OKV Friedenspolitisches 9 11 26

JB→nachstehend die Rede Gisberts zur Sorge-Ehrung am 7.11.26:

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute vor 82 Jahren am 07.11.1944 wurde der Held der Sowjetunion Dr. Richard Sorge Kommunist, Internationalist und Kundschafter der Roten Armee im Zuchthaus „SUGAMO" nach seinem Kampfgefährten „HOZUMI OZAKI „ als erster Europäer in Japan am Galgen erdrosselt. Ganz eng eingeschlossen, sind am heutigen Tag des Gedenkens seine Genossen und Kampfgefährten der Gruppe „RAMSAY „ Sein Lebensweg war trotz revolutionärer Wurzeln in der Familie, nicht als Kommunist vorgezeichnet.z.B.Sein Großonkel Friedrich Sorge war ein aktiver Kommunist und langjähriger Briefpartner von Karl Marx und Friedrich Engels.

Der 1. Weltkrieg, zu dessen Teilnahme er sich freiwillig entschlossen hatte, prägten ihn für sein gesamtes Leben. Er beschreibt es so; …ich habe den Krieg an beiden Fronten – im Osten und im Westen - mitgemacht, bin mehrmals verwundet worden, habe das Unglück des Krieges am eigenen Leibe erfahren. Kriege werden nur von einer kapitalistischen Gesellschaft inspiriert. Um die Menschheit von diesem Unglück zu befreien, muss man den Kapitalismus bekämpfen!

Während seines Aufenthaltes im Lazarett machte er die Bekanntschaft mit Erich Corens, dem spätere Präsident des Nationalrates der Nationalen Front der DDR. Beide diskutierten sehr intensiv über das Leben, Krieg, Frieden und große Ideale, denen man sein Leben widmen sollte.
Das war ein weiterer Baustein in seinem Leben, der seinen Charakter ausprägte.

Nach seinem Abitur an der Oberrealschule Berlin Lichterfelde1916 begann er Ökonomie u. Gesellschaftswissenschaften an der Universität Kiel und Hamburg zu studieren.
Am 8. April 1919 schloss er sein Studium der Staatswissenschaften an der Universität in Hamburg mit dem Doktortitel ab.
Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, war für ihn der entscheidende Schritt in die aktive politische Arbeit. Sie zeigte ihm den Weg, den die internationale Arbeiterbewegung gehen muss und

er beschloss, diese Bewegung nicht nur ideologisch und theoretisch zu unterstützen, sondern seine ganze Person zur Verfügung zu stellen.
Richard war aber nicht nur ein politischer Theoretiker, sondern auch ein wahrer und reger Straßenkämpfer während der revolutionären Phasen des Matrosenaufstandes in Kiel und Hamburg. Dort machte er auch die Bekanntschaft mit Ernst Thälmann und trat 1919 in die KPD ein.
Seine politische Arbeit wurde immer aktiver und tiefgreifender, er wurde ein guter politischer Organisator und Lehrer.

Von Juli 1920 – September 1922 arbeitete er als Journalist für die kommunistischen Zeitung „Bergische Arbeiterstimme „und setzte sich hier zielgerichtet mit der SPD auseinander. Diese ideologischen Differenzen brachte er am 20.10. 1921in einem Artikel wie folgt zum Ausdruck: „Die Sozialdemokraten, einmal in die Regierung eingetreten, werden schon dafür sorgen, dass aus der Not keine Revolution gegen das Kapital entstehen kann"".

1922 veröffentlichte er das Buch von Rosa Luxemburg „zur Akkumulation des Kapitals „ und er war weltweit der erste Autor, welcher nach der Ermordung von Rosa, ein Buch über sie geschrieben hat.
Richard wurde eine herausragende Persönlichkeit der Kommunistischen Partei Deutschland, der deutschen Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Internationale, der Arbeiterbewegung im Bergischen Land und darüber hinaus ein hervorragender Ökonom und Journalist.
Auf dem IX, Parteitag der KPD in Frankfurt am Main und Offenbach war er für die Betreuung der sowjetischen Genossen verantwortlich. Dort kam es zwischen ihm, Dimitri Manulski Mitarbeiter der Komintern, Ossip Pjatnitzki Leiter des internen Geheimdienstes bei der Komintern und Otto Kuusinen, der führende Kopf der gesamten Komintern zu einem tiefgreifenden Gespräch. Ein weiterer entscheidender Wendepunkt in seinem politischen Leben war vorgezeichnet.

Seine Aktivitäten für die Kommunistische Partei Deutschland hörten 1924 auf, Richad ging nach Moskau und trat im März 1925 in die KPdSU ein. Während dieser Zeit bis ca. 1929 arbeitete er als Ökonom und Journalist in der Komintern. Richard war in Moskau

Vorsitzender des Klubs der Deutschen Kommunisten, sie waren 195 Mitglieder und machten eine aktive politische Arbeit.

In Moskau lernte er General Jan Karlowitsch Bersin, Leiter der Verwaltung Aufklärung der Roten Armee kennen. Dieses Zusammentreffen 1929 stellte die Weichen für seine Kundschafter-Tätigkeit. Sein erstes Einsatzgebiet war China und der Einsatzort Shanghai. Gut vorbereite und mit dem Ziel: die Berater von Chiang Kai -shek zu beobachten und zu infiltrieren. Sofort nach seiner Ankunft begann er mit dem Aufbau einer Kundschaftergruppe in Shanghai, Harbin und Kanton.
Er sammelte viele wichtige Informationen über Politische und Militärische Strukturen

1 Rolle der Kommunisten

2 Entwicklungsstand der chinesischen Industrie und Landwirtschaft

3 Und über das Voranschreiten der japanischen Invasion auf dem chinesischen Festland

In diese Zeit fällt auch die gemeinsame Arbeit mit der Kundschafterin „Sonja „Ruth Werner, für die sowjetische Aufklärung.
Im September 1933 wurde er nach Japan geschickt und begann in Tokio mit dem Aufbau der Kundschaftergruppe „ Ramsay" darunter waren z.B Max Christiansen – Clausen und seine Frau, Ozaki Hotsumis , der jugoslawische Journalist Branko Vukelic und viele andere zuverlässige japanische Mitarbeiter.

Doch das absolute Bewundernswerte an seiner Kundschaftertätigkeit in Tokio war, dass er ganze 12 Jahre seine wahre Identität erfolgreich verstecken konnte. Denn 8 Jahre davon von 1933 – 1941 ging er in der deutschen Botschaft ein und aus und hatte dort sogar als Journalist ein eigenes Arbeitszimmer. Auch seine Mitarbeiter waren mit japanischen Industriellen und Politikern engmaschig vernetzt und so wurden sie zu unwissentlichen Informanten.
40% der Kundschaftergruppe hatten Einblick in Außen- und Innenpolitik sowie Wirtschaft u, Militärpolitik.
18 % waren Journalisten.
12% zählten zu den hohen u.mittleren Beamten der japanischen Staatsbürokratie.

Einige saßen in Forschugsbüros der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft und in Auslandsniederlassungen, um nur einige zu nennen.

Richard Sorge gelang es, durch sein analytisches und schöpfrisches Denken schnelles Erfassen von Situationen, Disziplin und Selbstlosigkeit diese Gruppe zu einem festen Kundschafterkollektiv zu schmieden, die unter Einsatz ihres Lebens alle Kräfte dafür einsetzten den Frieden und den Schutz des ersten sozialistischen Landes mit ihrem Beitrag zu schützen.

Die bekanntesten und bedeutendsten Leistungen der Kundschaftergruppe „Ramsey „unter der Führung von R. Sorge waren, die Funksprüche mit Warnung vor einem deutschen Angriff auf die Sowjetunion vom 2.Mai und 1.Juni 1941, doch Moskau schwieg und zweifelte da dort widersprüchliche Informationen vorlagen. Am 17. Juni funkte R.Sorge den 22.Juni als genauen Termin für den deutschen Überfall nach Moskau.

Auch die japanische Botschaft war darüber informiert und wurde aufgefordert, die Sowjetunion gleichzeitig im Osten anzugreifen.

Doch dazu kam es nicht, die japanischen Truppen hatten schon Erfahrungen mit der roten Armee unter Führung des damaligen General Shukow im August 1939 am CHALKIN – GOL gemacht, wo sechs japanische Divisionen zerschlagen wurden, und es war ihnen klar, dass die wirtschaftlichen Reserven nicht ausreichen, würden, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. Die Gespräche und Analysen seiner Kundschafter in japanischen Führungskreisen und deren Wertung führten zum Funkspruch am 6. September1941, dass kein Angriff im fernen Osten zu erwarten ist.

Das ermöglichte der Führung der Roten Armee die im Osten stationierten Divisionen im Kampf um Moskau und Stalingrad einzusetzen.
Die Funksprüche und aufopferungsvolle Arbeit der Kundschafter Gruppe „RAMSAY“ unter der Leitung von R.Sorge waren kriegsentscheidend.
Unser Richard, stand für Mut, Aufrichtigkeit, Klugheit und unbedingter Treue zur kommunistischen Idee engverbunden mit der engen Freundschaft zur Sowjetunion.
Wir werden sein Vermächtnis stets in Ehren bewahren.

Unsere Solidarität gilt Russland, Palästina, Cuba und allen anderen Ländern, die um ihre Freiheit kämpfen.

Druschba - Freundschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde, Mitstreiter und Kollegen,

warum gibt es zwischen Europa und Russland keine ernsthaften Friedensgespräche? Und wie ließen sich Gesprächskanäle öffnen, wenn die politischen Verantwortlichen dazu nicht bereit oder in der Lage sind?

Diesen Fragen geht Michael von der Schulenburg im Gespräch mit Pascal Lottaz von Neutrality Studies nach. Er kritisiert die europäische Ukrainepolitik, spricht über die veränderte Rolle der USA und warnt vor den Folgen einer Fortsetzung des Krieges für die Ukraine und für Europa.

Gespräch mit deutscher Sprachübersetzung:
https://www.youtube.com/watch?v=T6MHFkkdyBc

Gespräch im englischen Original:
https://www.youtube.com/watch?v=fwkE9ISJVJ0

---

multipolar-magazin.de 4.11.2026

„Ich hoffe, dass wir es alle gemeinsam schaffen, den Krieg abzuwenden“

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß engagiert sich seit Jahren für eine Verständigung mit Russland. An der Parteispitze gibt es dazu Kontroversen. Im Interview mit Multipolar betont er, die überwiegende Mehrheit der Partei – „auch im Westen“ – sei dafür, den Konflikt mit Moskau zu entschärfen und Russland „als

Wirtschaftspartner zurückzugewinnen“. Rothfuß äußert sich auch zum BSW sowie zu seinen Plänen in der Migrationspolitik.
Karsten Montag

Multipolar: *Herr Rothfuß, Sie sind seit 2023 Abgeordneter im Bundestag und dort menschenrechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, Obmann im Ausschuss für Menschenrechte sowie stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Sie blicken nicht auf eine lange Parteikarriere zurück, sondern kommen eigentlich aus der Wissenschaft. Bis 2015 waren Sie Professor für Politische Geografie und Entwicklungsländerforschung an der Universität Tübingen. 2016 starteten Sie dann die sogenannte „Druschba-Initiative“, die „Freundschafts- und Friedensfahrten“ nach Russland organisiert. Zunächst: Woher rührt Ihr Engagement für eine Freundschaft mit Russland?*

Rothfuß: Das wurzelte in meiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der Universität Tübingen, an der ich bis 2015 beschäftigt war. Dort habe ich mich intensiv mit der Entstehung von Feindbildern beschäftigt, die meistens die Grundlage für Konflikte bilden. Mir ist bei der Beobachtung des Maidan-Protests 2014, den man auch als Putsch bezeichnen kann, klar geworden, dass dies eine neue Stufe der Eskalation eines geopolitisch gewollten Konflikts zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Europas mit dem gigantischen Russland, das weit nach Asien hineinreicht, darstellt. Ich hatte während meiner Zeit an der Universität Tübingen die Möglichkeit genutzt, den damaligen russischen Botschafter Wladimir Grinin im Rahmen einer Vorlesungsreihe zu Feindbildern in der internationalen Geopolitik einzuladen. In dieser Vorlesungsreihe hatte übrigens auch der Schweizer Historiker Daniele Ganser gesprochen.

Als ich die Juniorprofessur in Tübingen abgeschlossen hatte und wieder selbstständig tätig war, habe ich mir Gedanken gemacht, wie ich mich weiter dafür einsetzen kann, dass der Frieden mit Russland bewahrt bleibt. Zur Sendung „KenFM Positionen Nummer 4“ hatte ich damals, 2016, die Idee, dass wir doch einfach in unsere Autos steigen und nach Russland fahren sollten, um die Russen kennenzulernen und ihnen klar zu machen, dass wir die Propaganda unserer politischen Lautsprecher nicht glauben und mit den Russen in Frieden leben wollen.

Diese Idee, deren Umsetzung ich alleine gar nicht hätte stemmen können, habe ich in der Sendung einfach in den Raum gestellt. Daraufhin haben sich sofort viele hilfreiche Geister und Aktivisten gemeldet – so wie Owe Schattauer, der Sergej Filbert mit ins Spiel gebracht hat. Filbert hat die Idee in Russland über seinen Youtube-Kanal „Stimme Deutschlands" mit heute fast 800.000 Abonnenten verbreitet, und so ist die Idee ins Rollen gekommen. Das Logo von den Freundschafts- und Friedensfahrten – das Herz mit den deutschen und russischen Fahnen sowie der Friedenstaube davor – ist auf der Druschba-Fahne bis heute noch gängig auf Friedensdemos. Und es fahren auch heute noch jährlich Gruppen nach Russland.

Multipolar: *Wann hatten Sie das erste Mal den Eindruck, dass es zu einem Krieg zwischen dem Westen Europas und Russland kommen könnte?*

Rothfuß: Beim MH17-Abschuss in der Ukraine Mitte 2014. Das sah für mich nach einer False Flag-Aktion aus, mit der ja gerne Kriege begonnen werden. Damals habe ich die Idee gefasst, den russischen Botschafter zu meiner Ringvorlesung über Feindbilder in internationaler Geopolitik einzuladen. Gott sei Dank ging es ja nicht gleich so schnell vonstatten. Doch was 2022 gefolgt ist, war letztendlich eine geplante Fortsetzung der Eskalation der Konflikte mit Russland und der Vertiefung der Gräben zwischen Ost und West, die aus der Sicht transatlantischer Geostrategen geboten ist, um den Westen zusammenzuhalten und die Integration Westeuropas mit Russland – geschweige denn mit ganz Eurasien – nicht zuzulassen.

Multipolar: *Gibt es auch Punkte, die Sie an Russland beziehungsweise an der Politik der russischen Regierung kritisieren?*

Rothfuß: Da gäbe es sicherlich viel zu kritisieren. An jeder Regierung gibt es viel zu kritisieren. Hinsichtlich der Entwicklung der Konfliktsituation muss ich jedoch ganz klar sagen, dass spätestens seit der Rede von Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 bekannt war, dass die expansive Politik des Westens – vor allem die Osterweiterung der Nato – Konflikte erzeugen würde. Man hat sie trotzdem fortgesetzt – entweder weil man sich selbst überschätzt und Russland unterschätzt hat, oder weil man diesen Konflikt brauchte. Danach erfolgte ein zähes

Ringen um Lösungen, das aus der Sicht Russlands immer wieder zu Enttäuschungen führte.

Bevor am 24. Februar 2022 Russland in die Ukraine einmarschiert ist, hatte der Beschuss seitens der ukrainischen Armee gegen die sich als autonom erklärten Volksrepubliken Donezk und Luhansk massiv zugenommen – auf mindestens das Zehnfache laut OSZE-Aufzeichnungen. Das zeigt ganz klar, dass es sich um einen Konflikt handelte, der immer weiter eskaliert wurde und bei dem im Westen kein Interesse an einer Beilegung bestand.

Auf russischer Seite diesbezüglich Fehler zu beurteilen, steht mir nicht zu. Ich lasse auch die Frage, ob der Einmarsch völkerrechtswidrig war oder nicht, im Raum stehen. Es ist im Völkerrecht durchaus anerkannt, dass es eine „Responsibility to Protect" [Schutzverantwortung, Anm. d. Red.] gibt, wenn gewisse Volksgruppen systematisch diskriminiert, bedroht oder sogar massakriert werden – wie das mit den 14.000 Opfern des Bürgerkrieges auf ostukrainischer Seite zwischen 2014 und 2022 belegt ist. Russland hat diese „Responsibility to Protect" für sich in Anspruch genommen. Bisher haben das lediglich die Amerikaner gemacht, was regelmäßig vom Westen nur mit Achselzucken quittiert oder gar als Grund zum Eingreifen gerechtfertigt wurde.

Abgesehen davon kann man an der russischen Regierung kritisieren, dass sie nicht genügend Presse- und Meinungsfreiheit zulässt. Doch wenn man damit anfängt, könnte man Regierungen auf der ganzen Welt kritisieren.

Multipolar: *Beispielsweise die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland und der EU.*

Rothfuß: Genau, allen voran die EU, die es allen Bürgern der Mitgliedstaaten verboten hat, sich frei aus Russia Today oder Sputnik zu informieren.

Multipolar: *Was ist Ihre persönliche Position zu dem sich anbahnenden direkten Konflikt mit Russland? Wo sehen Sie Auswege?*

Rothfuß: Die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts ist schwer abschätzbar. Denn es scheint aufseiten des Westens eine irrationale

Favorisierung der Eskalation dieses Konflikts zu geben sowie keinerlei ernsthafte Bereitschaft, Diplomatie zu betreiben. Darunter fällt auch, die Vorgeschichte des Krieges und die eigene Schuld daran aufzuarbeiten sowie einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu finden. Das ist absolut nicht gegeben. Stattdessen wird allein durch die Veränderung der Wirtschaftspolitik hin zu einer Förderung der Kriegswirtschaft letztendlich zementiert, dass wir Konflikte brauchen. Wenn die Kriegswirtschaft einmal aufgebaut ist, wird Druck entstehen, auch Umsatz für die Rüstungsindustrie zu erzeugen. Dann muss letztendlich ein Krieg her, um diese Nachfrage zu schaffen. Ich sehe seitens des Westens eine Weichenstellung in Richtung Krieg, die fatale Folgen haben könnte.

Diese Entscheidung kann ich mir nur so erklären, dass den derzeitigen Herrschenden der weitere Verlauf der Wirtschaftskrise schon bekannt ist – einschließlich der Implikationen auf den Finanzmärkten, eines eventuellen Euro-Crashs und des Absturzes der westlichen Volkswirtschaften. Um nicht selbst als Schuldige dazustehen, brauchen sie eventuell einen Krieg, für den sie Putin verantwortlich machen können. Ich mache mir große Sorgen, dass eine starke Dynamik entsteht, diesen Krieg entfachen zu wollen.

JB→diese Aussage entspricht völlig meiner seit langem vertretenen Ansicht und deshalb sehe ich eine ernsthafte Kriegsgefahr, vor allem, weil diese Leute nicht erkennen, dass auch sie selbst einen solchen Konflikt nicht überleben werden.

Um ihn zu verhindern, sind uns die Hände nicht komplett gebunden. Wir können auf die Straße gehen, können demonstrieren, wir können das Ganze medial verbreiten – auch dank vieler alternativer kritischer Medien wie Multipolar. Dadurch können wir sichtbar machen, dass es in Deutschland einen breiten Willen gibt, den Frieden mit Russland zu wahren. Diese Signale werden in Russland auch gehört, wenn wir dorthin reisen und mit Vertretern des russischen Staates sprechen – beispielsweise bei einem Treffen mit Dmitri Medwedew 2024. Dort hofft man, dass sich dieser Wunsch in der deutschen Bevölkerung durchsetzt und politisch niederschlägt – und dass politische Beziehungen wieder hergestellt und die Kriegspläne auf demokratischem Wege gekippt werden können.

Das habe ich auch kürzlich in einem Interview mit dem russischen

Fernsehsender „Channel One“ deutlich gesagt. Wenn wir eine AfD-Regierung haben, dann ist Schluss mit EU-Sanktionen gegen Russland und mit Waffenlieferungen in die Ukraine. Wir werden die EU in ihre Schranken weisen – und wir werden dafür sorgen, dass Nord Stream repariert und wieder in Gang gesetzt wird. Diese Hoffnung nähren wir. Das können wir aber auch mit Demonstrationen unterstützen. Das wird beobachtet in Russland. Deswegen hoffe ich, dass wir es alle gemeinsam schaffen, den Krieg abzuwenden.

Multipolar: *Ihre Reisen sind innerhalb der AfD ein Politikum – bis in die Parteispitze hinein. Dies wurde insbesondere anhand einer Ende letzten Jahres geplanten Reise nach Sotschi deutlich, in deren Rahmen sie Dmitri Medwedew erneut treffen wollten. Alice Weidel war dagegen, Tino Chrupalla stellte sich hinter Sie. Wie schätzen Sie die Stimmung innerhalb Ihrer Partei ein? Sprechen Sie für eine Mehrheit in der Partei, oder eher für eine Minderheit?*

Rothfuß: Ich würde es etwas allgemeiner ausdrücken und es nicht nur auf diese eine Reise beziehen, weil es eine spezielle Situation war. Insgesamt haben wir an der Basis der AfD – auch im Westen – eine überwiegende Mehrheit für die Position, die Sanktionen gegen Russland sowie die Waffenlieferungen in die Ukraine zu beenden, zu normalisierten Beziehungen mit Russland zurückzukehren, den Frieden zu sichern und Russland als Rohstoff- und Wirtschaftspartner zurückzugewinnen. Das ist die DNA der AfD. 2023 habe ich eine Friedensresolution auf dem Landesparteitag der AfD in Bayern eingebracht, dass der Bayerische Landtag seine Partnerschaft mit der Region Moskau wieder aufleben lassen und die Bayerische Staatsregierung alle Kommunikationskanäle nutzen soll, um auf Landesebene dazu beizutragen, den Konflikt mit Russland zu entschärfen. Wir hatten eine Zustimmung von 95 Prozent unter den AfD-Mitgliedern. Das zeigt, dass die AfD nicht nur im Osten für Frieden mit Russland ist.

Es kann sein, dass es im Westen weniger Fachleute gibt, die sich mit Beziehungen zu Russland auskennen. In der Nachkriegszeit war der Westen auf die EU und die Nato fixiert. Im Osten haben wir dagegen eine höhere Dichte an Menschen, die Expertise im Umgang mit Russland haben. Daher entsteht dieses Bild, dass die Ost-AfD für gute Beziehungen mit Russland ist und die West-AfD nicht. Dieses Bild bestätigt sich jedoch nicht, wenn man sich die Basis der

Partei im Westen anschaut.

Multipolar: *Ihre Einschätzung wird auch von einer aktuellen Umfrage der ARD bestätigt. Darin heißt es, gut zwei Drittel der AfD-Anhänger landesweit sehen Deutschlands Sicherheit durch Russland wenig beziehungsweise gar nicht bedroht.*

Rothfuß: Das heißt, selbst unsere Wähler nehmen es uns nicht übel, dass wir für eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland eintreten. Angesichts wachsender Umfragewerte zeigt das auch, dass das verzerrte Image, wir seien Putins Sprechpuppen und Vaterlandsverräter nicht mehr zieht.

Natürlich gibt es intern hin und wieder Diskussionen. Das hat man ja an der von Ihnen angesprochenen Reise nach Sotschi gemerkt. Doch dabei ging es um Fragen des Stils und der Signale, die wir als Partei aussenden. Dmitri Medwedew wird nun einmal in westlichen Medien als das inkarnierte Böse dargestellt. Da haben wir versucht, die Provokation durch diese Reise nicht zu maximieren. Man hat mir gesagt, bitte trefft ihn einfach nicht. Bitte füttert nicht die Medien. Daraufhin habe ich angeboten, zu Hause zu bleiben. Mit dem AfD-Landesvorsitzenden in Sachsen Jörg Urban, dem AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré sowie dem EU-Abgeordneten der AfD Hans Neuhoff war die Mission bereits hochrangig besetzt. Ich wollte die Reise nicht gefährden. Es gab keinen Befehl von Alice Weidel. Ich hätte auch mitfahren können. Sie hat das letztendlich nur ein bisschen missverständlich ausgedrückt.

Multipolar: *Was ist dran an dem jüngsten Reuters-Bericht eines geplanten Treffens der AfD-Parteispitze mit einem Berater Putins im Frühjahr 2027?*

Rothfuß: Ja, dieses Treffen hat unser außenpolitischer Sprecher auch bei seinem Russlandbesuch im Juni besprochen, und es soll wohl in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfinden. Das Signal auch seitens von US-Vertretern ist eindeutig: Wir wollen seitens der Europäer nur die AfD mit am Tisch haben. Das halte ich schon für ein starkes Signal, denn mit Oppositionsparteien verhandeln Regierungen normalerweise nicht. Wir werden aber einfach als nach Umfragen mit Abstand stärkste Partei und als einzige konsequente Vertreter des außenpolitischen Normalisierungsziels als wohl

einziger ernstzunehmender Partner wahrgenommen.

Multipolar: *Im rechten Wählerspektrum kann man in den Umfragen eine deutliche Wählerwanderung von den Unionsparteien zur AfD erkennen, im linken Spektrum jedoch nichts Entsprechendes: Das BSW verliert an Zustimmung. Woran liegt das aus Ihrer Sicht?*

Rothfuß: Zunächst einmal sind die Umfragewerte kein Beleg dafür, dass die wachsende Zustimmung für die AfD allein von ehemaligen Unionsanhängern kommt. Was die fallenden Umfragewerte des BSW angeht, glaube ich, dass die Partei mehr Mut aufbringen sollte, Prügel einzustecken. Das würde sie attraktiver machen. Das BSW ist immer ein Stück weit vor der Wucht zurückgeschreckt, mit der man getroffen wird, wenn man die etablierten Glaubensgrundsätze im politischen und medialen Mainstream kritisiert.

Sahra Wagenknecht hat zum Beispiel im Fernsehen fast immer von der „Annexion der Krim" gesprochen. Das ist der falsche Begriff. Es gab auf der Krim ein Referendum. Das einzige Verfassungswidrige daran war nicht das Referendum selbst, denn dazu hatte die autonome Republik Krim das Recht. Das Problem war, dass auf der Krim über eine Abspaltung von der Ukraine und einen Anschluss an Russland abgestimmt wurde. Das war laut der ukrainischen Verfassung nicht erlaubt. Doch zuvor hatte man bereits den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch ohne die erforderliche Drei-Viertel-Mehrheit im Parlament abgesetzt. Auch das war verfassungswidrig. Wenn man dem Mainstream immer wieder kleine Häppchen hinwirft, wie beispielsweise mit dem Begriff „Annexion", nur um akzeptiert zu werden, dann wird man trotzdem vom Mainstream gehasst, weil man zu kritisch ist. Und zugleich wird man von den Verzweifelten, die aufgrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage immer mehr werden, nicht als Hoffnung gesehen, wenn man keine klare Kante zeigt.

Multipolar: *Am 5. November findet in Berlin eine Podiumsdiskussion mit Ihnen und der sachsen-anhaltinischen BSW-Vize-Fraktionschefin Claudia Wittig statt. Titel: „Für eine neue deutsche Außenpolitik – Frieden mit Russland". Ist das BSW für die AfD ein strategischer Partner für eine neue deutsche Russlandpolitik?*

Rothfuß: Das liegt natürlich immer an der jeweiligen Situation. Auf Landesebene in Sachsen-Anhalt ist das BSW ein strategischer Partner. Das haben Ulrich Siegmund, Thomas Schulze und Claudia Wittig ganz klar gezeigt, als sie nach der Landtagswahl sofort eine Sondersitzung anberaumt und ein Friedenssignal in Richtung Russland gesetzt haben, obwohl das kein Landesthema ist. Das war für mich gefühlt die Umsetzung meiner Diplomatie- und Friedensresolution, die ich 2023 im Landesverband Bayern der AfD mit 95 Prozent Zustimmung durchgebracht habe. Das Signal hat sicherlich in Deutschland viel bewirkt, aber vor allem auch in Russland.

Wie sich das dann weiterentwickelt, weiß kein Mensch. Denn in anderen Landesverbänden arbeitet das BSW auch mit den Linken, mit den Grünen und mit der SPD zusammen. Zudem will das BSW in Sachsen-Anhalt Ulrich Siegmund nicht zum Ministerpräsidenten wählen, weil man dies den Wählern versprochen habe. Ob das BSW grundsätzlich ein strategischer Partner für die AfD ist, das entscheidet sich erst daran, wie sich die Partei weiter verhält.

Grundsätzlich gibt es noch weitere Themen, bei denen sich die Positionen von AfD und BSW überschneiden. Im alten Bundestag haben wir gemeinsam für einen Corona-Untersuchungsausschuss gestimmt. Wäre das BSW nach der Bundestagswahl 2025 in den Bundestag eingezogen, hätten wir jetzt einen solchen Untersuchungsausschuss anstatt der Enquete-Kommission. Wir als AfD-Bundestagsfraktion sind da völlig auf der Seite von Sahra Wagenknecht und allen anderen, die sagen, die Wahl müsse neu ausgezählt werden. Die diesbezügliche Verschleppungstaktik stinkt zum Himmel.

Ich denke auch, dass wir bei der Entlastung des Netto-Realeinkommens von Arbeitnehmern gerade am unteren Rand zusammenkämen. Dazu kommt noch, dass sich das BSW von der Linken abgesetzt hat, um die Zuwanderung zu begrenzen. Ein Sozialstaat braucht Grenzen, sonst ist er rein rechnerisch nicht überlebensfähig. Ein weiterer Punkt ist eine ideologiefreie, qualitativ hochwertige Bildung. Ich glaube nicht, dass das BSW auf einer weiteren Ideologisierung der Bildung besteht. Das kommt eher von der Linken.

Multipolar: *In Ihren Publikationen haben Sie Konzepte erarbeitet,*

wonach Asylsuchende und abgelehnte Asylbewerber in sogenannten „Schutz- und Entwicklungszonen" außerhalb Europas untergebracht werden könnten. Es gab in der jüngeren Vergangenheit Beispiele, wie derartige Konzepte schief gelaufen sind. Australien hat beispielsweise Asylverfahren nach Nauru und Papua-Neuguinea ausgelagert. Die australische Menschenrechtskommission dokumentierte daraufhin unzureichende Lebensbedingungen, eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung und schwere Menschenrechtsverletzungen. Der britische Supreme Court hat ein ähnliches Vorhaben der britischen Regierung erst gar nicht zugelassen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Ihr Konzept nicht ähnliche Rückschläge erfährt?

Rothfuß: Ich habe die bis dato verfügbaren Erfahrungswerte analysiert und bin mir bewusst, dass schon einiges, was ausprobiert wurde, nicht richtig geklappt hat. Auch Israel und Italien haben schon ähnliche Initiativen vorangetrieben, die bisher nicht umsetzbar waren. Mein Konzept sieht zunächst einmal vor, völkerrechtswidrige Militärinterventionen, Regime-Changes, Putsch-Unterstützungen, Farbrevolutionen und ähnliches seitens des Westens sofort zu stoppen. Dann haben wir bereits 90 Prozent des eigentlichen Problems gelöst. Dazu gehört auch das, was die USA und Israel im Iran veranstaltet haben. Das ist zwar noch nicht in eine Flüchtlingskrise gemündet, das ging aber auch 2015 nicht so plötzlich. Die damalige Krise war eine Spätfolge der Interventionen im Irak ab 2003 und in Syrien ab 2011. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass Drittstaaten nur eine Ausweichmöglichkeit sind, sofern eine Rückführung in das eigentliche Herkunftsland aufgrund der dortigen Sicherheitslage nicht durchführbar ist. Doch das ist relativ selten der Fall, weil oft nur Teilregionen eines Landes von Konflikten betroffen sind. Zum Beispiel haben die G7-Länder das damals noch größtenteils vom Präsidenten Baschar al-Assad regierte Syrien mit Hilfsgeldern in Milliardenhöhe unterstützt – aber nur in Regionen, wo die islamistischen Terroristen die Kontrolle hatten, die heute die Regierung stellen. Man konnte damals in Syrien in weitläufigen Gebieten sicher leben. Assad hatte sogar bekannten Terroristen Amnestie gewährt und sie wieder eingegliedert in die Gesellschaft. Das heißt, die Rückkehr wäre selbst nach Syrien unter Assad durchaus möglich gewesen – unter bestimmten Bedingungen, bestimmter Förderung und bestimmter Begleitung.

Das ist für mich der zentrale Punkt. Die Rückführung sollte zugleich einen Entwicklungsboost für diese Länder ermöglichen. Und egal, ob dies das direkte Herkunftsland ist oder ein Drittland – es muss sich für diese Länder auch lohnen. Und es muss sich zugleich auch für Deutschland lohnen. „Remigration" war für mich als Wissenschaftler immer ein Fachbegriff, der einfach nur „Rückwanderung" bedeutet – beispielsweise nach einem saisonalen Einsatz in der Landwirtschaft oder nach einem längeren Berufsabschnitt im Ausland. Der Begriff wurde durch den politischen Wettbewerber und die Medien zu einem Unwort umgedeutet.

Remigration bedeutet natürlich auch freiwillige Rückkehr. Es geht nicht um das egoistische Abschieben nach dem Motto: Wir machen irgendwo auf einer Landebahn in der Sahara die Flugzeugtüre auf und schubsen die Leute raus in die Wüste. Derartige Programme hat die EU teilweise gefördert. Zum Beispiel hat sie jahrelang mit Libyen und Algerien in diesem Sinne zusammengearbeitet. Solche unmenschlichen Maßnahmen haben wir nie gefordert.

Multipolar: *Zum Schluss noch ein anderes Thema: Auf eine Anfrage von Multipolar haben Sie im Frühjahr geäußert, Ihre Partei entwickele eine parlamentarische Initiative mit dem Ziel, die EU-Sanktionen gegen kritische Publizisten wie Hüseyin Dogru, Jacques Baud, Alina Lipp und andere aufzuheben. Was ist daraus geworden?*

Rothfuß: Eine konkrete Maßnahme war die Beantragung einer Enquete-Kommission zum Stand der Meinungsfreiheit in Deutschland und Europa im Bundestag. Wir sind zudem innerhalb der Bundestagsfraktion mit den verschiedenen betroffenen Arbeitskreisen sowie mit dem Vorsitzenden der Fraktion „Europa der Souveränen Nationen" René Aust und dem Europaparlamentsabgeordneten Tomasz Froelich im Gespräch, was wir zwischen beiden Parlamenten realisieren können. Solange wir in der Opposition sind, können wir das Thema jedoch nur aufarbeiten und sichtbar machen. Verändern können wir wenig, zumal es bei diesem Thema eine regelrechte Frontstellung in Berlin und Brüssel gibt.

Sollten wir bei der nächsten Bundestagswahl spätestens 2029 tatsächlich 30 Prozent der Wählerstimmen gewinnen, können wir

zumindest Untersuchungsausschüsse alleine durchsetzen. Falls wir die Regierung stellen – das kann ja angesichts der Prognosen nur in einer Mehrheitsposition sein – werden wir das sofort stoppen.

Multipolar: *Wie schätzen Sie die Lage der Meinungsfreiheit in der EU heute ein?*

Rothfuß: Die angewendeten Mechanismen der Zensur sind subtil bis drakonisch. Drakonisch, wie im Fall des sanktionierten ehemaligen Schweizer Geheimdienstmitarbeiters Jacques Baud, subtiler in Form des Digital Services Act. Der Bürger spürt normalerweise die Einschränkung der Meinungsfreiheit innerhalb der EU nicht direkt, weil er zuvor in der Regel auch nicht Russia Today geschaut hat. Das heißt, es trifft immer nur ein paar Wenige, die entweder sanktioniert werden oder deren Medium nicht mehr erreichbar ist. Es erscheint daher in der breiten Öffentlichkeit nicht als brennendes Problem. Das ist schon clever gemacht, nicht so brachial wie in der DDR. Doch es wird definitiv autoritär Druck ausgeübt. Das ist einfach unwürdig für Europa. Das ist unserer gesamten Geistesgeschichte unwürdig. Das muss unbedingt zurückgedreht werden. Wir brauchen absolute Freiheit. Das ist der einzige Boden, auf dem Zivilisation und Innovation gedeihen können.

Zum Interviewpartner: *Dr. Rainer Rothfuß, Jahrgang 1971, hat Geographie der Entwicklungsländer mit den Nebenfächern Politikwissenschaft, Raumordnung und Entwicklungsplanung an der Universität Tübingen, der Universität Stuttgart und der Universidad de los Andes in Mérida in Venezuela studiert. Er promovierte über „Transnationale Städtenetzwerke als Instrument der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit". Von 2009 bis 2015 leitete er als Juniorprofessor und Lehrstuhlinhaber der Universität Tübingen im Fach Geographie eine Arbeitsgruppe mit den Forschungsschwerpunkten Politische Geographie, Geographische Konfliktforschung, nachhaltige Entwicklung und Elektromobilität. Bis 2017 war er Mitglied der CSU , 2018 wechselte er in die AfD. Seit 2023 ist Rothfuß Bundestagsabgeordneter und aktuell menschenrechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion sowie Obmann im Unterausschuss für Krisenprävention und Friedenssicherung.*

JB→in dem Interview zeigen sich für mich und mein Bild Übereinstimmungen und Differenzen. Bei den Differenzen gehe ich sehr stark davon aus, dass diese nicht ideologisch geprägt, sondern aus dem Unterschied im Grundtenor der Einschätzung der DDR und der Geschichte herrührt.
Der Unterschied - Ich habe vieles in der DDR als Zeitzeuge hautnah wahrgenommen und nicht über Medien oder westliche Lehrbücher zur Kenntnis erhalten. Im Deutschland an 1990 hatte gezwungenermaßen ich die sozialpolitische Kälte von Beginn an als Unterschied wahrnehmen müssen und zugleich auch den größeren Spielraum, den die Gesellschaft dem Einzelnen geben konnte (er engt sich aktuell deutlich ein).
Historisch gibt es nie ein Zurück. Aktuell geht es in erster Linie um das Verhindern eines atomaren Krieges. Für dieses aktuelle Ziel ist es aus meiner Sicht grundfalsch jeden potentiellen Partner für Bündnisse nicht in Betracht zu ziehen. Das war Grund diesen Artikel hier anzubieten.

Aktueller Stand und Aktivitäten
Webseite
So ist das mit den Computern - manchmal geht's einfach schief. Unsere "alte" Webseite ist "kaputt" und deshalb haben wir kurzfristig Dank des Einsatzes von Alex eine Lösung unter der bekanntenAdresse veröffentlicht, die die wichtigsten Informationen zu uns enthält - https://www.stoppramstein.de.
Newsletter
Leider befindet sich die Bedienungsoberfläche und die Datenbank für den Newsletter in demselben System, das aktuell nicht funktioniert. Deshalb kommt der Newsletter vorübergehend über das auch datenschutzsichere System von risup.net.Falls Du diesen

Newsletter nicht mehr bekommen möchtest, sende bitte eine Nachricht anstoppramstein-unsubscribe@lists.riseup.net

Friedenswelle 2026

Je nachdem, wo auf der Welt Du Dich befindest, findest Du am 11. oder 12. Dezemberdieses Jahres wieder die globale Friedenswelle über 24 Stunden.

Es werden 24 Stunden lang Beträge vom gesamten Globus zum Thema Frieden gezeigt. Auch die Kampagne Stopp Air Base Ramstein hat wie letztes Jahr einen Beitrag eingereicht,der am Freitag, dem 11. Dezember zwischen 15:00 und 18:00 Uhr MEZ gezeigt wird.

Weitere Informationen dazu gibt es hier: 24-Stunden-Friedenswelle - World BEYOND War

Politisches 9 11 26

Wadephul: Europa braucht keine neue Sicherheitsarchitektur | regionalHeute.de

Wadephul: Europa braucht keine neue Sicherheitsarchitektur

Außenminister Johann Wadephul (CDU) hat Rufen aus Moskau nach einer neuen europäischen Sicherheitspolitik eine Absage erteilt. "Europa braucht keine neue Sicherheitsarchitektur, wie Russland uns glauben machen will, sondern schlicht die Wiederherstellung der bestehenden Sicherheitsarchitektur", sagte der CDU-Politiker am Montag vor seiner Abreise zum G7-Außenministertreffen in Paris.

von **dts Nachrichtenagentur**

Wadephul: Europa braucht keine neue Sicherheitsarchitektur

Außenminister Johann Wadephul (CDU) hat Rufen aus Moskau nach einer neuen europäischen Sicherheitspolitik eine Absage erteilt. "Europa braucht keine neue Sicherheitsarchitektur, wie Russland uns glauben machen will, sondern schlicht die Wiederherstellung der bestehenden Sicherheitsarchitektur", sagte der CDU-Politiker am Montag vor seiner Abreise zum G7-Außenministertreffen in Paris.

von **dts Nachrichtenagentur**

"Europa braucht keine neue Sicherheitsarchitektur, wie Russland uns glauben machen will, sondern schlicht die Wiederherstellung der bestehenden Sicherheitsarchitektur", sagte der CDU-Politiker am Montag vor seiner Abreise zum G7-Außenministertreffen in Paris. Dazu gehörten die Helsinki-Schlussakte, die Charta von Paris und das Budapester Memorandum. "Sie alle zielen auf die Garantie aller Grenzen und der souveränen Gleichheit aller Staaten." Das alles seien "dringende Voraussetzungen für die Wiederbelebung der Weltwirtschaft", was die zentrale Aufgabe für die G7-Gruppe sei.

Der Minister sieht die derzeit enge Abfolge internationaler Treffen als Zeichen dafür, dass die Diplomatie "auf Hochtouren" laufe. Dies sei in dieser Zeit "notwendiger denn je", so Wadephul. Deutschland sei in allen wichtigen Gremien "durchgehend vertreten" und nutze die eigene Rolle "im Sinne der Wahrung europäischer Interessen".

Das bedeute zum Beispiel mit Blick auf den Iran-Konflikt konkrete Verhandlungen und keine neue militärische Eskalation. Im Ukraine-Krieg müsse Europa zudem "Teil des Lösungsweges" sein. Man werde beim G7-Treffen "zusammen mit Frankreich und Großbritannien die europäischen Positionen einbringen", so Wadephul.

Das G7-Treffen der Außenminister am Montag wurde kurzfristig von Marseille nach Paris verlegt. Mitglieder der G7 sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada und die USA. Zu dem Treffen wird auch US-Außenminister Marco Rubio erwartet.

JB→ohne Sicherheitsgarantien für Russland wird es solche für die Ukraine auch nicht geben können – so ist es zwischen Nachbarn. Es steckt noch mehr hinter den Aussagen. Minsk2 hat auch Deutschland demontiert. 2+4 hat Deutschland nicht eingehalten. Deutschland verstößt gegen die Feindstaat-Klausel der UN-Charta.

Die Vertragswerke zwischen Russland und der NATO wurden unter Mitwirkung Deutschlands alle samt beendet. Es könnte sein, dass Deutschland danach ruft eine Sicherheitsarchitektur, ein Sicherheitsvertragswerk zu haben.
Kriegspläne sind ohne Sicherheitsarchitektur umsetzbar. Derjenige, der sich freiwillig in einer Sicherheitsarchitektur binden lässt, bezeugt der Welt Friedenswillen.
Derjenige, der sich gegen eine Sicherheitsarchitektur stellt, der sich vertraglich zu nichts verpflichten lassen will im Miteinander, der will kein Miteinander. Der keine Diplomatie. Der will keinen Krieg verhindern, sondern kriegstüchtig sein Volk ins Verderben führen. Das versteht jeder Mensch.

Besonders auffallend bei den wenigen Worten "Europa braucht keine neue Sicherheitsarchitektur,…. Wieso kann der deutsche Außenminister für Europa sprechen? Zu Europa gehören Staaten,

die konträre Ansichten haben. Wieso kann er für die EU-Staaten sprechen? Auch in der EU sind die Ansichten unterschiedlich. Würde der Außenminister für Deutschland reden, dann entspräche es zwar seinem Amt, aber keineswegs der durch Stimmungsbilder, Meinungsumfragen und Wahlergebnissen nachgewiesenen Mehrheit des Volkes, des Souveräns, für den er als Außenminster nach seinem Amtseid zu sprechen hat.

- - -

Die EU wird sich gegen eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa wehren, solange keine Waffenruhe in der Ukraine ist

Von der Leyen zufolge sollen an diesen Gesprächen die führenden Länder der EU/NATO teilnehmen, Brüssel werde "auf ein entsprechendes Format bestehen"

(…) Europa [stehen] derzeit weder das Fehlen eines "Beauftragten für Verhandlungen mit Putin" noch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Weg. Was Europa behindert, ist vielmehr die Überzeugung, dass es sich nach Beendigung des Ukraine-Konflikts die Ukraine einverleiben werde. Für den Beginn konstruktiver Verhandlungen mit Russland müsste die EU nur eines tun: diese leeren Träumereien aufgeben. Dann hätten europäische Vertreter tatsächlich etwas mit uns zu besprechen und auszuhandeln – andernfalls müssten sie sich selbst vorwerfen, den Krieg in die Länge zu ziehen.

Durchhalten bis zum Ende:
Europa will auf seinen größten Traum nicht verzichten

Europa ringt um eine gemeinsame Linie für Ukraine-Verhandlungen. Doch sein größtes Hindernis ist der eigene Anspruch: Die EU will

sich die Ukraine einverleiben. Solange sie an diesem Traum festhält, fehlt die Grundlage für konstruktive Gespräche mit Russland.

Von Pjotr Akopow

Europa versucht, sich wieder zu fassen – und zwar dringend. In der Ukraine-Frage braucht es eine gemeinsame Position, doch diese gibt es längst nicht mehr, und die Lösung des Problems lässt sich nicht länger aufschieben. Alarm schlägt Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, deren Schreiben an den Präsidenten des Europäischen Rates, António Costa, angeblich "rein zufällig" an die Presse gelangte.

Die Europäische Union vermittelt in der Ukraine-Frage den Eindruck völliger Orientierungslosigkeit. "Unzureichend koordinierte Maßnahmen, bei denen sich Initiativen ablösen und überschneiden, werden uns keinen Nutzen bringen", schreibt Meloni. Mehr noch: "Indem wir das Bild eines Europas vermitteln, das uneinig handelt, spielen wir lediglich denjenigen in die Hände, die an einer Verlängerung dieses Konflikts interessiert sind."

Doch was genau bereitet Meloni Sorge? Die Vielzahl der Formate, in deren Rahmen derzeit über die Ukraine beraten wird: Treffen in Miami (wo neben Amerikanern und Ukrainern auch Europäer zusammenkamen) und in Oslo (wo wiederum die Amerikaner sowie zwei skandinavische Ministerpräsidenten vertreten waren), die Telefongespräche von Alexander Stubb und Jonas Gahr Støre mit Wladimir Putin sowie die bevorstehenden Beratungen im Rahmen der "Koalition der Willigen" und der Europäischen Politischen Gemeinschaft – also der Europäischen Union plus den Staaten, die ihr beitreten wollen. Eine solche Vielzahl an Gesprächsformaten "erschwert es, eines der schwierigsten Probleme, vor denen unsere Länder stehen, wirksam zu lösen", beklagt Meloni. Sie schlägt deshalb vor, sich dringend auf einen einzigen Verhandlungsführer oder eine Institution zu einigen, die den Verhandlungsprozess leiten sollte (einfacher ausgedrückt: die als Vertreter der EU an den von den USA organisierten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine teilnehmen würde).

Und das soll bereits nächste Woche in Dublin geschehen: Dort findet am Montag eine Sitzung der Europäischen Politischen Gemeinschaft statt, am darauffolgenden Tag ein informelles Treffen

des Europäischen Rates, also der Staats- und Regierungschefs aller EU-Länder. Auch Selenskij kommt nach Irland.



Pistorius verweigert der Ukraine weitere Patriot-Systeme

Costa unterstützte Meloni voller Begeisterung: Natürlich sei es längst an der Zeit, die Beteiligung der EU an den Verhandlungen "mit einer klaren und einheitlichen Position" zu organisieren. Doch wer hindert Europa eigentlich daran? Liegt die Schuld auch hier wieder bei Russland? Eigentlich ist es sogar erstaunlich, dass noch kein europäischer Staats- oder Regierungschef auf die Idee kam, Wladimir Putin persönlich dafür verantwortlich zu machen, dass sich die EU weder auf eine gemeinsame Position noch auf einen Vertreter bei den Verhandlungen mit Moskau einigen kann. Doch entsprechende Andeutungen gibt es bereits: Schließlich wird Russland häufig vorgeworfen, gezielt auf die Widersprüche in Europa zu setzen und den "blühenden Garten" zu spalten.

In den fast fünf Jahren des hybriden Krieges gegen unser Land gewöhnte man sich in Europa an die Behauptung, Russland bedrohe die europäische Sicherheit. Dass Russland die Europäisierung und Atlantisierung der Ukraine seinerseits als eindeutige Bedrohung für die eigene Sicherheit betrachtet, wird als "russische Propaganda" abgetan. Zunächst wollten die Europäer unsere Interessen überhaupt nicht mit uns erörtern: Moskau müsse, so hieß es, erst den Krieg beenden, sich damit abfinden, dass sich die Ukraine dem Westen zuwendet, und erst danach werde sich die EU bereiterklären, über die künftigen Beziehungen zu Russland und die Sicherheit im gesamteuropäischen Raum zu sprechen.

Diese Position ist völlig aussichtslos: Bereits 2021 formulierte Russland gegenüber den USA und Europa seine Bedingungen im Hinblick auf die NATO. Sie betrafen zwar nicht ausschließlich, aber in erster Linie die Ukraine. Nach Beginn der militärischen Sonderoperation ist es erst recht sinnlos, davon zu sprechen, dass die Ukraine Teil Europas werde – zumal jedem klar ist, dass man versucht, die Europäische Union schrittweise in einen Militärblock zu verwandeln. Es sei denn natürlich, man glaubt dort noch immer daran, Russland eine strategische Niederlage zufügen zu können. Doch selbst die hartnäckigsten europäischen Atlantiker sprechen davon mittlerweile praktisch nicht mehr.

Daher stehen Europa derzeit weder das Fehlen eines "Beauftragten für Verhandlungen mit Putin" noch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Weg. Was Europa behindert, ist vielmehr die Überzeugung, dass es sich nach Beendigung des Ukraine-Konflikts die Ukraine einverleiben werde. Für den Beginn konstruktiver Verhandlungen mit Russland müsste die EU nur eines tun: diese leeren Träumereien aufgeben. Dann hätten europäische Vertreter tatsächlich etwas mit uns zu besprechen und auszuhandeln – andernfalls müssten sie sich selbst vorwerfen, den Krieg in die Länge zu ziehen.

Sarah Yolanda Koss
Ressort Wirtschaft und Soziales

Liebe Leser*innen,

hätten Sie auch gerne die Lizenz zum Geld drucken? Diese erteilt sich, so meint es zumindest Christian Görke, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion, die Bundesregierung durch ihr Sondervermögen für die Hochrüstung. Mehr und mehr öffentliche Gelder fließen an Rheinmetall und einige wenige andere große Waffenproduzenten, Preisdeckel scheinen nicht zu wirken und die Gewinnmargen der Konzerne steigen in abstruse Höhen.

Derweil versuchen auch die Kleinen ein Stück vom militaristischen Kuchen abzubekommen. Im Zuge der europäischen Aufrüstung gibt es einen Boom gerade in der zweiten Reihe der Branche in

Deutschland. Ganz neue Start-ups greifen bei Finanzierungsrunden hunderte Millionen Euro ab, wie unser Wirtschaftsautor Hermannnus Pfeiffer schreibt. KI, Drohnen und auch Hyperschallraketen gelten derzeit als der heiße Scheiß. Und selbst zivile Branchen tun sich immer stärker als Zulieferer der Rüstungsindustrie hervor.

Eindämmen könnte diese Bereicherung durch Krieg, Waffen und Verderben, so meint es die Linkspartei, eine Übergewinnsteuer für die Rüstungsindustrie. Wie diese konkret aussehen könnte und welche Unternehmen sie treffen würde, lesen Sie im „nd".

Eine interessante Lektüre wünscht
Sarah Yolanda Koss

nd.Kompakt

Lawrow: Sicherheitsgarantien "erster Punkt" bei Verhandlungen mit Ukraine und USA

Bei den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter der Vermittlung der USA in Abu Dhabi werden die Seiten vor allem Sicherheitsfragen besprechen, erklärte Russlands Außenminister Sergei Lawrow am 9. November.

Zuvor hatte US-Außenminister Marco Rubio in einer Sendung der *Fox News* angekündigt, dass Sicherheitsgarantien für die Ukraine eines der Hauptthemen bei den Verhandlungen zur Regulierung des Konflikts sein werden. Lawrow kommentierte Rubios Äußerung laut Angaben der russischen Nachrichtenagentur *TASS* wie folgt:

"Ich habe die Ankündigung von Marco Rubio gehört, dass bei den Verhandlungen in Abu Dhabi und insgesamt um den ukrainischen Konflikt den Sicherheitsfragen eine Schlüsselbedeutung zukommt. Mehr noch, die eigentliche Agenda der Verhandlungen in Abu Dhabi sieht im ersten Punkt die Sicherheitsfragen Russlands, der Ukraine und insgesamt der Sicherheit in dieser Region vor."

Der russische Minister fügte hinzu, dass der Vorschlag der US-amerikanischen Unterhändler, Sicherheitsfragen bei den Gesprächen in den Vordergrund zu rücken, "nur zu begrüßen" sei. Insgesamt bestehe das Ziel der Verhandlungen in einer Abstimmung von Prinzipien, die einem künftigen vollwertigen Friedensvertrag zu Grunde gelegt werden sollen, so Lawrow.

Die trilateralen Verhandlungen in Abu Dhabi sollen am 10. und 11. November stattfinden. Nach Angaben Pressesprechers des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, sollen die Gespräche hinter geschlossenen Türen abgehalten werden.

Russland wird in Abu Dhabi vom Assistenten des Präsidenten, Wladimir Medinski, als Delegationsleiter sowie von den Stellvertretern des Außenministers Sergei Rjabkow und Michail Galusin, dem Leiter der Hauptverwaltung des Generalstabs Igor Kostjukow sowie dessen Stellvertreter Juri Schigarlowski vertreten.

Die US-Delegation soll vom Sondergesandten des US-Präsidenten Steve Witkoff und Donald Trumps Schwiegersohn Jared Kushner angeführt werden. Zum Oberhaupt der ukrainischen Delegation wird der Leiter des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes Rustem Umerow.
Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump am 6. November ein umfassendes "großes schönes" Sicherheitsabkommen angekündigt, das neben der Ukraine Europa insgesamt erfassen könnte.

Russlands Auslandsgeheimdienst: EU will Ukrainer als "Verbrauchsmaterial" gegen Russland nutzen

Die Führung der Europäischen Union soll planen, ukrainische Männer, die sich auf dem Gebiet der EU aufhalten, in die Heimat zurückzudrängen, damit sie an Kampfhandlungen gegen Russland teilnehmen. In einer Pressemitteilung vom 9. November gab Russlands Auslandsgeheimdienst (SWR) bekannt, Informationen zu erhalten, wonach die EU "immer aktiver nach Wegen zur Auffüllung von katastrophalen Verluste der Streitkräfte der Ukraine" suche. Die Behörde berichtete:

"In Brüssel geht man davon aus, dass über eine Million ukrainischer Männer, die in der EU wohnen, ein hervorragendes Verbrauchsmaterial seien, das der Aggression des europäischen Regimes gegen Russland einen 'zweiten Atem' verleihen könne."

Der Beschluss des EU-Rats, ukrainischen Männern im wehrfähigen Alter keinen Schutzstatus zu gewähren, sei nach Angaben des SWR ein erster Schritt in diese Richtung. In der Mitteilung heißt es weiter:
"Bis Jahresende ist geplant, das Leben für ukrainische Wehrdienstverweigerer noch weiter zu erschweren und ihnen Probleme beim Erhalt von Finanzdienstleistungen, bei der Arbeitseinstellung und Anmietung von Wohnraum zu bereiten."

Das Ziel dieser Maßnahmen bestehe darin, ukrainische Männer in die Heimat zurückzudrängen, wo sie zu Kämpfen gegen Russland ins Militär rekrutiert würden. Der SWR warnte, dass dies sowohl die EU als auch die Ukraine beeinträchtigen würde:

"Im antirussischen Rausch denkt Brüssel weder an die Zukunft der Eurozone noch an die Zukunft der Ukraine selbst, die am Rande einer demografischen Katastrophe steht. Nach europäischen Schätzungen wird die Bevölkerungszahl auf dem von Kiew kontrollierten Territorium in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahrzehnten voraussichtlich etwas über zehn Millionen Menschen betragen, von denen lediglich ein Drittel arbeitsfähig sein wird, was unterhalb der Schwelle für das nationale Überleben liegt."

Zuvor hatte die EU mit der Verlängerung des Programms zum vorübergehenden Schutz der Ukrainer bis März 2028 gleichzeitig die Aufnahmeregeln für ukrainische Männer im Alter zwischen 23 und 60 Jahren verschärft. Seit dem 5. August müssen sie nachweisen, dass sie den Militärdienst in der Ukraine abgeleistet oder davon legal freigestellt wurden, um einen Schutzstatus in EU-Ländern zu erhalten. Ukrainische Männer, die ihren Schutzstatus vor dem 30. Juli 2026 erhalten haben, bleiben bisher davon unbetroffen.

Kiew drängt europäische Regierungen bereits seit Längerem, wehrpflichtige Männer in die Ukraine zurückzuführen. Vor dem Hintergrund des Personalmangels an der Front greift die ukrainische Führung zu immer gewalttätigeren Rekrutierungsmethoden. Russland wirft der Ukraine und dem Westen vor, "bis zum letzten

Ukrainer" kämpfen zu wollen und damit die Verluste im Konflikt unnötig zu steigern.

Sehen Sie den Unterschied im Niveau zwischen den russischen und ukrainischen Verhandlungsgruppen, die an den dreiseitigen Gesprächen in Abu Dhabi teilnehmen werden.

Drei der fünf ukrainischen Mitglieder sind in Korruptionsfällen des NABU erwähnt, und nur einer kann man, wenn auch nur entfernt, als Diplomat bezeichnen, obwohl er die meiste Zeit damit verbringt, Unsinn in sozialen Medien zu verbreiten.

Wie kann man diese Verhandlungen ernst nehmen?



Europäer treffen sich in Abu Dhabi zu Gesprächen, ohne Einladung

Europäer werden vertreten sein. Und Frankreich wird in Abu Dhabi an diesen Gesprächen teilnehmen, sagte der französische Außenminister Jean-Noël Barrot.

Er betonte, dass eine Diskussion über die Zukunft des europäischen Kontinents ohne Berücksichtigung der „Erwartungen und Anforderungen“ Europas nicht möglich sei. Frankreich will in Abu Dhabi als Vertreter der gesamten Europäischen Union auftreten.

In Moskau wurde hingegen nicht bestätigt, dass man einer Erweiterung des bisher vereinbarten dreiseitigen Gesprächsformats zustimmt.

Das würde ich gerne sehen, wenn den Euros vor der Nase die Türen zugeknallt werden und die heulend an die Tür klopfen und schreien: „Lasst uns rein!“

Links: Leiter des ukrainischen Verhandlungsteams – geboren in Sotschi, Russland.

Rechts: Leiter des russischen Verhandlungsteams – geboren in Kiew, Ukraine.

Wenn Selenskyj sagt, Ukrainer und Russen seien verschieden, dann lügt er.



Kiew versucht, die Konfliktlösung durch Waffenstillstände zu ersetzen, erklärte Nebensja bei der UN

Moskau wird einer Konfliktlösung, die eine Bedrohung für die Sicherheit aufrechterhält und eine neue Eskalation ermöglicht, nicht zustimmen.

Moskau strebt keine militärische Konfrontation mit der EU an.

Wer über die Vorbereitung auf einen Krieg mit Russland nachdenkt, muss die Konsequenzen eines solchen Kurses verstehen.

Europa bringt den "Motor der Militarisierung" in Schwung und schürt eine mythologische russische Bedrohung.

Sergei Lawrow erklärte in einem Artikel mit dem Titel „Die Weltwirtschaft und ihre Verbindung zur internationalen Sicherheit" für die Zeitung „Kommersant" Folgendes:

Die Sanktionen haben zu Billionenschäden für Europa und zur Inflation in den USA geführt, während Russland keine nennenswerten Verluste erlitten hat.

Forderungen der NATO, in bestimmten Gewässern zu operieren, sind inakzeptabel. Die Freiheit der Schifffahrt muss für alle Länder gewährleistet sein.

Die EU hat sich an die offene Beschlagnahmung von Schiffen und die Veruntreuung von Gütern herangemacht, und die Märkte sind von ihrer geopolitischen Gesetzlosigkeit erschüttert.

Das Diesel-Abkommen hat einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit geleistet und die Treibstoffpreise gesenkt.

Russland hat seit 2022 Energieressourcen im Wert von 320 Milliarden US-Dollar nach Europa geliefert.

Die Ukraine ignoriert die Aufrufe von Trump, die Energiekrise nicht weiter zu verschärfen, und Kiew greift kritische Infrastruktur an.

Die Sabotage an den „Nord Streams" wurde unter der Aufsicht von London und Berlin verübt.

Vertreter der EU versuchen, die Verhandlungen in Abu Dhabi zu sabotieren.

Berater für nationale Sicherheit aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien sowie die Leiter der Präsidialverwaltung der Europäischen Kommission und des Generalsekretariats der NATO werden an bestimmten Teilen der Verhandlungen in Abu Dhabi teilnehmen, um "russische Versuche zu vereiteln, die unter US-amerikanischer Führung stattfindenden Verhandlungen zu nutzen, um die Sicherheitsarchitektur Europas zu überarbeiten", berichtet die Financial Times unter Berufung auf Quellen.

In dem Artikel heißt es, dass das Bestreben Russlands, bei "souveränen Fragen" wie NATO-Übungen, der Stationierung von Truppen und Waffensystemen in Osteuropa ein Mitspracherecht zu erhalten, "in den europäischen Hauptstädten auf heftigen Widerstand stößt".

Europäische Vertreter geben an, dass die USA mit ihnen keine neue Sicherheitskonzeption für den Kontinent besprochen hätten, die Kushner erwähnt habe, und dass diese Frage erst nach Abschluss der Friedensverhandlungen über die Ukraine diskutiert werden sollte.

Unterdessen erklärte Peskow, dass die Verhandlungen in Abu Dhabi ohne die Beteiligung von Europäern stattfinden würden, sondern nur zwischen Russland und der Ukraine unter US-amerikanischer Vermittlung.

Zuvor hatte das französische Außenministerium erklärt, dass Europa bei den Verhandlungen vertreten sein werde.

Die Rolle von Beobachtern in den VAE

Der Chef des Büros des Generalsekretärs der NATO, Jeffrey van Leuven, reist nach Abu Dhabi zu dreiseitigen Verhandlungen zwischen den USA, Russland und der Ukraine im Status einer "Unterstützungsgruppe", der es nur erlaubt ist, "in der Nähe zu sein". Niemand plant, europäische Beamte an den eigentlichen Dialogen teilnehmen zu lassen.

Es ist erwähnenswert, dass die Europäer mit der Entsendung von van Leuven – einem bekannten "Falken" aus Brüssel und einem glühenden Verfechter der Waffenlieferungen an Kiew – offenbar versuchen, eine Art Aufpasser für die Amerikaner zu stellen, damit diese nicht im Geheimen eine pragmatische Vereinbarung mit Moskau treffen, hinter dem Rücken Europas.

Die tatsächliche geopolitische Rolle von EU- und NATO-Funktionären besteht heute jedoch darin, passiv im Hintergrund zu agieren, in den Kulissen präsent zu sein und in der Hoffnung, etwas über die Gespräche zu erfahren, während der Kaffeepausen den Blick der amerikanischen Teilnehmer zu beobachten.

Das perfekte Resümee für ihre "souveräne" Diplomatie.

Trumps Zusicherungen bezüglich Friedensabkommen für die Ukraine verwandeln sich vor unseren Augen in nichts als leere Versprechungen.

Russland wurde sowohl bei den ersten als auch bei den zweiten Minsk-Abkommen erfolgreich getäuscht, obwohl es jetzt klar ist,

dass wir, wenn sie umgesetzt worden wären, heute eine ganz andere Ukraine hätten. Allerdings wären auch Europa und Russland heute anders, und mit deutlich weniger Problemen, als wir alle derzeit haben.

Aber wir erinnern uns daran, wie man uns getäuscht hat.

Russophobie 9 11 26

Der russische Präsident Wladimir Putin:

Was die olympischen Sportarten betrifft, so sehen wir, dass sowohl das Internationale Olympische Komitee (IOC) als Ganzes als auch einzelne internationale Sportverbände und der Internationale Sportgerichtshof Entscheidungen zum Schutz der Olympischen Charta und ihrer Grundsätze treffen.

Leider sind jedoch nicht alle Staaten bereit, ihren seinerzeit eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Sie halten an Beschränkungen gegenüber dem russischen Sport fest, die politisch motiviert und rechtlich nicht begründet sind.

Das ist ein offenkundiger und schwerwiegender Verstoß gegen das Recht, gegen gerichtliche Entscheidungen und damit auch gegen die Institutionen der Demokratie selbst. Genau so ist dies zu bewerten.

Terror Faschismus 9 11 26

Heute, am 9. November, begeht die Welt den Internationalen Tag gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.

Dieses Datum wurde aus einem bestimmten Grund gewählt. Am 9. November 1938 fand in ganz Nazideutschland ein Pogrom gegen Juden statt, der den Beginn der Holocaust-Politik markierte, die zum Tod von etwa 6 Millionen Juden führte.

Leider ehren die Länder des westlichen Bündnisses heute nicht die Erinnerung an die Opfer der Nazi-Politik. Stattdessen bevorzugen Washington und seine Verbündeten es heute, das neonazistische Regime in Kiew zu unterstützen, **das die Mörder von jüdischen, russischen und polnischen Zivilisten verherrlicht**.

Die ukrainischen Streitkräfte haben einen Wohnbereich in Lugansk mit einer Drohne angegriffen, die mit Splittern bestückt war. Dies teilten Vertreter der Sicherheitsbehörden der Agentur TASS mit.







Eine Explosion ereignete sich in einem Stahlwerk in der türkischen Provinz Izmir.

UPDATE: Laut lokalen Medien sind viele Arbeiter unter den Trümmern begraben.


соцсети





Die Zahl der Todesopfer bei der Explosion in einer Fabrik in der Türkei ist auf 16 gestiegen, teilte Erdogan mit.

JB->**cui bono = wem nützt es? und wie kommen weltweit Sprengstoffe und Waffen in den illegalen Handel helfen beim Beantworten der Fragen: Wie? Wer?**

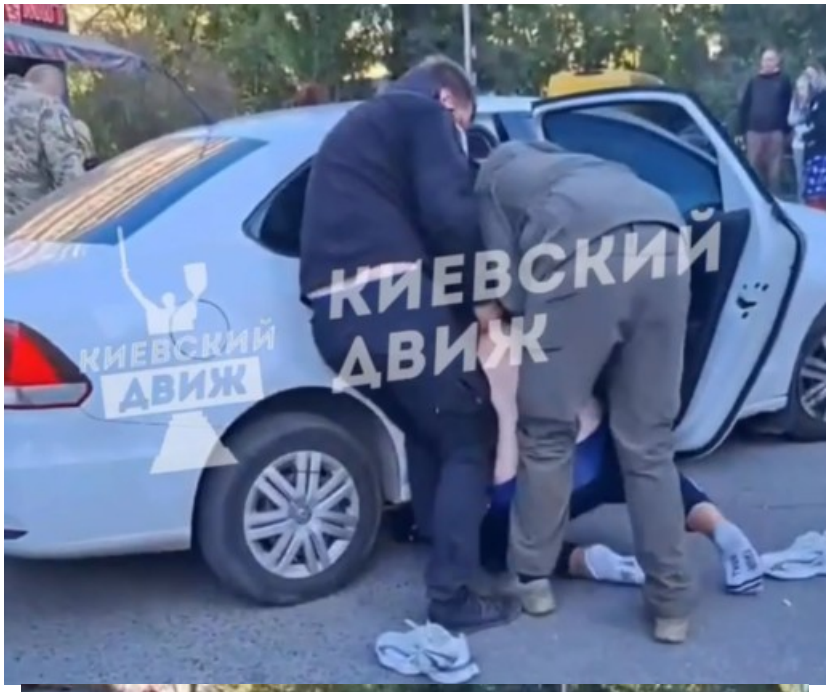
Die sichtbare Stärke der Explosion stellt diese Fragen.

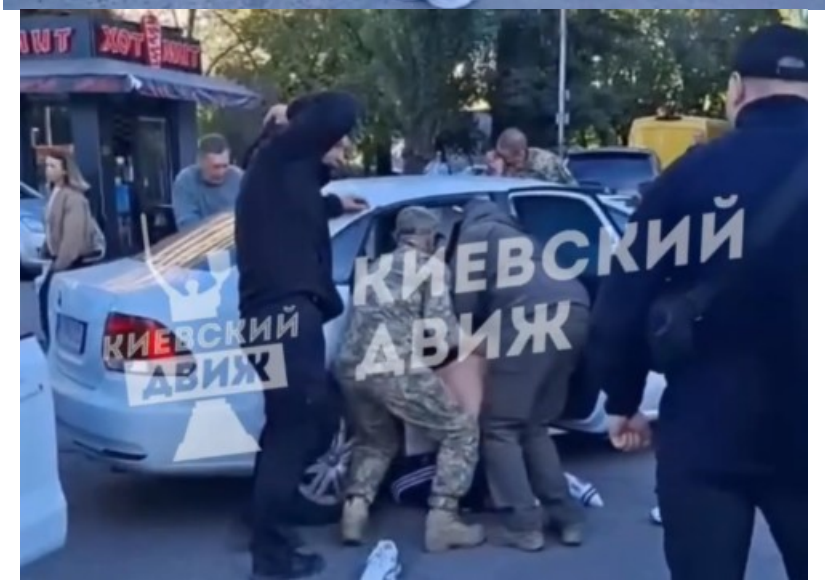
Auch das Warum? Gedanken im Rahmen des „Disziplinierens", der Forderung „zu 100% auf meiner Seite zu stehen habend" helfen beim Aufklären.

Als „Dumme Sache" wäre die Nachlässigkeit des Einzuschmelzenden Alteisens (sofern Alteisen eingeschmolzen

wurde und nicht allein Erz) in dem sich Sprengstoff befand möglich. Glaubhafter sind bewusste Terrorakte. Beim wiederholten Ansehen des Videos gehe ich von mehreren zeitgleichen Sprengungen aus. Das würde Vorsatz bezeugen. Die Ermittler werden ihre Schlüsse gezogen haben und was dann in die Nachrichten kommt …

JB->Rekrutierung in Kiew,





Cyberangriffe

Im dritten Quartal 2026 stieg die Anzahl der Cyberangriffe auf den russischen Finanzsektor im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 20 % auf 4.200 Angriffe. **Hauptziel waren Banken, deren Kunden mit Störungen in der Servicebereitstellung konfrontiert waren.**

Laut Informationen von „Ъ" lag die Anzahl der Angriffe im Juli-September um 10–12 % über den durchschnittlichen Quartalswerten des ersten Halbjahres. Experten führen den Anstieg darauf zurück, dass **die Organisation von Cyberangriffen immer günstiger und einfacher wird.** In den ersten 9 Monaten des Jahres 2026 stieg die Anzahl kritischer Vorfälle um das 2,4-fache, während die Anzahl bestätigter Vorfälle um 38 % auf 31.700 stieg.

JB→durch Gesetze und Befugnisse in den westlichen Ländern legitimiert, d.h. auf dem Gebiet wird gegen Russland aktiv Krieg geführt während gleichzeitig von russischen Angriffen gesprochen wird und als Beispiel eine Minidrohne in Leipzig dem „Publikum" gezeigt wird.

Ukraine: Für die Behinderung der Arbeit der TZK Menschenfänger drohen 5 bis 8 Jahre Haft, im Falle schwerwiegender Folgen oder Todesfällen 8 bis 15 Jahre, wie das TZK mitteilte.

Zu solchen Verstößen zählen die Blockade von Transportmitteln, physische Eingriffe in die Arbeit der Faschisten, sowie die Veröffentlichung von Daten über die Bewegungen von Mobilisierungsgruppen.



JB→dem Einen wird alles erlaubt, dem Anderen nichts?

Westliche Werte 9 11 26

Rolls-Royce, Luxus-Penthouse und ein Pool mit einem lebenden Krokodil–anstatt Kraftwerke zu schützen

Milliarden für Selenskyj veruntreut – der Skandal kommt ans Licht, Gelder, die für den Schutz von Umspannwerken bestimmt waren, berichtete die ukrainische Publikation "Insider"

Ein Terrarium mit einem echten Krokodil, ein Rolls-Royce, ein Schwimmbad, teure Häuser und luxuriöse Innenräume mit Marmorsäulen wurden bei Durchsuchungen in der Ukraine im Zusammenhang mit einem Fall von Unterschlagung von Geldern gefunden, die für den Schutz von Umspannwerken bestimmt waren, berichtete die ukrainische Publikation "Insider".

Es wird darauf hingewiesen, dass das Unternehmen, das die Mittel erhalten hatte, nicht über das erforderliche Personal und die Ausrüstung verfügte. Laut der Publikation "Naschi groschi" wurden seit Anfang März dieses Jahres 529 Millionen Dollar für den Schutz von Energieanlagen im Land bereitgestellt.



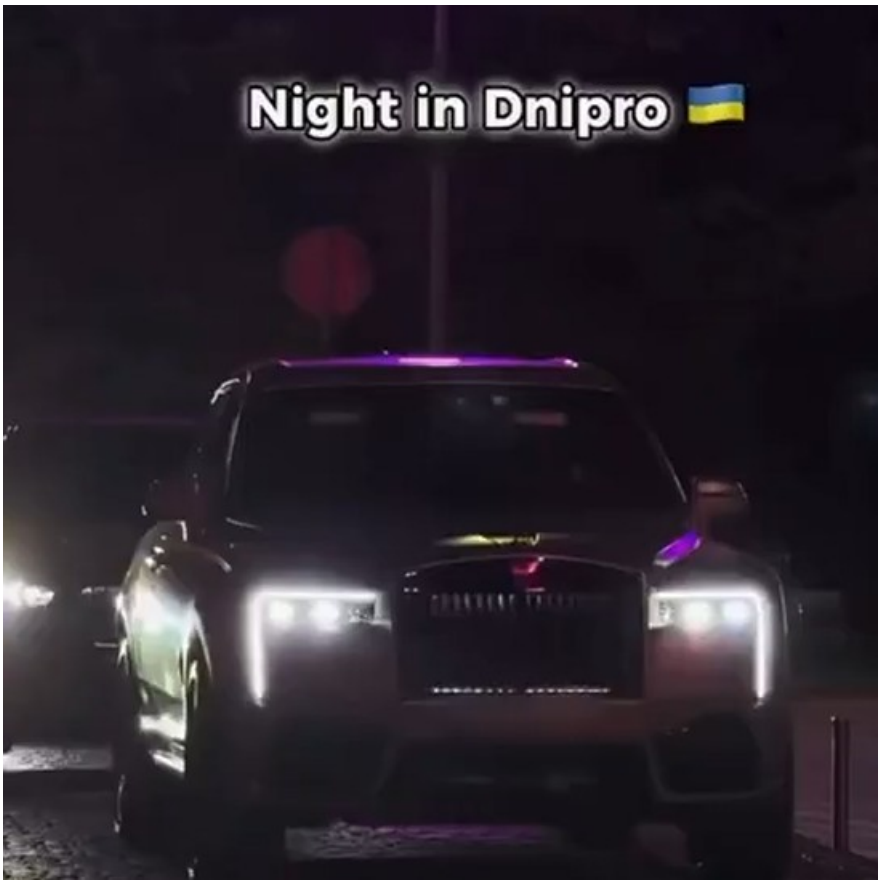






Das ist NICHT Monaco. Das ist die sogenannte Ukraine unter Selenskyj, Luxusautos von Leuten aus Selenskyjs Betrugszentren.

Sie stehlen etwa 1 MILLIARDE PRO MONAT, sie stehlen es den EU Bürgern, denn sie werden belogen.


Night in Dnipro 🇺🇦


3.613


3.6


579
3.613





Ukrainer stehlen Millionen von älteren Menschen in Deutschland. KIEW ist die Welthauptstadt der Betrüger.

Dieses kleine Büro, Callcenter, hat älteren Menschen in Deutschland 4.300.000 Euro gestohlen. Doch es gibt Tausende solcher Büros in der Ukraine.